Zum 53. Todestag des Genossen Lenin Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 3, vom 21. Januar 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Neue Rentenbeschlüsse der Regierung

Jetzt sollen die Lasten auf die Arbeitslosen abgewälzt werden!

Das Kartenhaus von den „sicheren Renten", das Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung eilends zusammengeschustert hatte, um die empörten Werktätigen zu beruhigen, ist erneut zusammengebrochen! Die „Rentensanierung", die die Bundesregierung betreibt, macht die Renten nicht sicherer. Dafür entpuppt sie sich immer mehr als eine Lawine, die in immer neuen sozialen Bereichen höhere Lasten auf die Werktätigen abwälzt. Nach den höheren Kosten im Gesundheitswesen, die die erste „Rentensanierung" für die Werktätigen gebracht hat, sollen jetzt die Arbeitslosen dran glauben.

Erst höhere Kosten im Gesundheitswesen . . .

Die Maßnahmen, die Schmidt in seiner Regierungserklärung zur „Sanierung" der Renten verkündete, sahen vor, daß die Krankenversicherungen einen höheren Anteil als bisher für die Krankenversorgung der Rentner übernehmen sollen. Die Folgen für die Werktätigen: Durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze erhöht sich für einen Teil der Versicherten der Beitrag erheblich; für alle – auch für die Rentner – erhöht sich die Rezeptgebühr von 2,50 DM auf 3,50 DM; eine allgemeine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um rund 1% steht bevor. Und der Nutzen für die Rentner? Es bleibt zwar bei der Erhöhung am 1. 7. 77. Dafür fällt aber die Erhöhung am 1. 1. 78 flach. Gleichzeitig wird für die Erhöhung am 1. 1. 79 und 1. 1. 80 nicht die ebenfalls im Wahlkampf versprochene Bruttolohnanpassung vorgesehen, sondern lediglich eine Nettolohnanpassung (was bedeutet, daß die Erhöhungen ungefähr 50% niedriger ausfallen werden). Und vor allem: Die Renten werden keineswegs „sicher". Das Milliardendefizit bleibt. Die von Schmidt in der Regierungserklärung versprochene „Konsolidierung der Rentenversicherung" und „Sicherung der Altersversorgung der Bürger" ist ein Windei.

. . . dann neue Lasten für die Arbeitslosen

Bereits einen Monat nach der Regierungserklärung von Schmidt muß die Regierung eingestehen, daß sie erneut gelogen hat. Die gleiche Regierung, die im letzten Jahr vor der Wahl von einem Fiasko der Rentenversicherung nichts wissen wollte, die alle Feststellungen über die dort bestehenden ungeheuren Defizite als Verleumdung und Panikmache bezeichnete, muß jetzt zugeben, daß bei der Rentenversicherung bereits 1980 ein Defizit von 83 Milliarden DM zu erwarten ist. Die gleiche Regierung, die vor der Wahl durch den Vorsitzenden der SPD, Brandt, erklären ließ: „Wir sagen den Alten: Ihr könnt euch auf uns verlassen ", läßt jetzt durch ihren neuen Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg verkünden, daß sie für die Zeit nach 1980 keinerlei Aussagen über die Renten machen könne.

Was sie aber für die Zeit bis 1980 zu sagen hat, sind nichts als weitere Angriffe auf die Lage der Werktätigen. In ihrem neuen Beschluß zu den Renten hat die Regierung festgelegt, daß die Bundesanstalt für Arbeit in den nächsten Jahren ebenfalls rund 6 Milliarden an die Rentenversicherung abführen soll. Schenkt man den Beteuerungen der Regierung Glauben, dann ist das eine „Patentlösung" für das Rentenproblem, die zugleich noch den Vorteil hat, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit keine Ausfallzeit mehr für die Rentenversicherung ist. Aber man kann den Beteuerungen der Regierung eben keinen Glauben schenken! Bereits ein kurzer Blick auf dieses neue „Sanierungskonzept" genügt, um zu sehen, daß die ganze Sache vorne und hinten nicht stimmt. Denn wo sollen die 6 Mrd., die die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) an die Rentenversicherung

Fortsetzung auf Seite 3

Lenins Lehren - Siegesbanner im Kampf gegen den Imperialismus Seite 9



Petrograd 1917: Lenin spricht zu den Massen (Gemälde)

Verhandlungen in der Metallindustrie

Schlichtungsbetrug gegen Kampf der Metallarbeiter

„Tarifverhandlungen in der Metallindustrie gescheitert"; „Die Zeichen stehen auf Sturm" – so und ähnlich lauteten in der vergangenen Woche Schlagzeilen in den bürgerlichen Zeitungen. In drei Tarifbezirken waren bis Redaktionsschluß die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden: Nordrhein-Westfalen, Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen. Dazu waren von den Bonzen des IGM-Apparates radikal klingende Töne zu hören, wie selten zuvor. Aber der Schein trügt. Natürlich stecken die IGM-Bonzen auch jetzt mit den Metallkapitalisten unter einer Decke. Was von den kapitalistischen Massenmedien als Zuspitzung einer harten Konfrontation hingestellt wird, ist in Wahrheit nur Schau, nur ein Manöver, um bei den Arbeitern Illusionen über die Absichten des Gewerkschaftsapparates zu wecken und sie davon abzuhalten, selbständig, ohne und gegen die Bonzen und für eigene Forderungen in den Kampf zu treten.

Ein Vertreter der IGM erklärte gegenüber der Presse, die IGM sei keineswegs auf Konfrontation aus; daß sie von ihrer Forderung bisher noch keine Abstriche gemacht habe, sei nur die Reaktion darauf, daß die Arbeitgeberseite bis jetzt ihr Angebot nur unwesentlich verbessert hätte: Die Erhöhung von 4,75% auf 5,2% sei noch zu geringfügig gewesen. Damit hat dieser IGM-Bonze klar genug zu erkennen gegeben, daß sie auch diesmal den üblichen Kuhhandel anstreben, wo dann am Ende „beide Seiten sich in der Mitte treffen".Daß jetzt die sogenannte „Schlichtungsstelle" eingeschaltet wird, ändert am Ergebnis des vorprogrammierten Kuhhandels gar nichts.

Die Schlichtung wurde gemeinsam vom Kapital, der Regierung und vom DGB-Apparat eingeführt. Sie ist eine Kette, an die die Arbeiter und kleinen Angestellten gelegt werden sollen, indem sie daran gehindert werden, kompromißlos ihre ganze Kampfkraft ins Feld zu führen durch möglichst machtvolle und militante Streiks, dem einzigen Weg, um die Kapitalisten in die Enge zu treiben und sie zu Zugeständnissen zu zwingen. Zwischen Lohnarbeit und Kapital bestehen unversöhnliche Gegensätze. Die Schlichtung unterstellt jedoch im Grundsätzlichen eine Einheit zwischen beiden Seiten. Deshalb ist sie ein Schwindel im Interesse der Kapitalisten. Daß die Schlichter meist noch selbst Kapitalisten sind, wie z.B. der für die Metalltarifrunde in NRW vorgesehene Präsident des Sparkassenverbandes Helmut Geiger, ent-

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Grosse öffentliche Abschlussveranstaltung



Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr
Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Geheime Studie über Atomkraftwerke beweist

Verheerende Folgen bei einem Unfall

In der vergangenen Woche hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) zwei Studien über die „Auswirkungen schwerer Unfälle in Wiederaufbereitungsanlagen und Atomkraftwerken" veröffentlicht. Die Studien wurden im August und November 1976 im Auftrag des Bundesinnenministeriums angefertigt. Angesichts ihres brisanten Inhalts sind sie bisher streng geheimgehalten worden und nicht einmal den zuständigen Behörden auf Länder- und Kreisebene bekanntgemacht worden. Die Studien beweisen klipp und klar, daß im Fall eines größeren Unfalls in einer Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll weite Teile der Bundesrepublik atomar verseucht werden, daß in einem solchen Fall das Leben von Millionen von Menschen unmittelbar in Gefahr ist.

In den beiden Studien werden folgende möglichen Unfälle untersucht: das Versagen der Kühlung und das Freisetzen der hochradioaktiven Spaltprodukte aus einem Konzentratbehälter einer Wiederaufbereitungsanlage; der Ausfall der Kühlung eines vollbesetzten Brennelementlagerbeckens einer solchen Anlage; das Auslaufen des Kühlmittels aus einem vollbesetzten Brennelementlagerbecken und schließlich die Freisetzung von radioaktiven Spaltprodukten aus einem Kernkraftwerk durch Ausfall der Kühlung und Notkühlung und Schmelzen des Reaktorkerns. Die Studien untersuchen die Höhe der freiwerdenden radioaktiven Strahlung und die wahrscheinliche Ausbreitung des radioaktiven „fall-outs" auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Die Studien (da sie fast ausschließlich aus mathematischen Formeln und komplizierten Berechnungen bestehen, ist es uns an dieser Stelle nicht möglich, sie ausführlich zu dokumentieren; für Interessenten: der vollständige Text der Studien mit einem Kommentar der Bürgerinitiativen kann gegen eine Unkostengebühr von 6 DM beim BUU-Infoversand, Horstackerstr. 24, 6700 Ludwigshafen bezogen werden) kommen zu dem Ergebnis, daß bei den beschriebenen möglichen Unfällen noch in 100 Kilometer Entfernung von der Anlage eine Bestrahlung der Bevölkerung auftritt, die zwischen 10- und 200mal so hoch ist wie die sofort tödliche Strahlendosis. Aufgrund der in den Studien enthaltenen Daten kommt die BBU sogar zu dem Ergebnis, daß unter den angenommenen Bedingungen bei bestimmten Wetterverhältnissen allein in der Bundesrepublik 30,5 Millionen Menschen sterben müßten und etwa 36 000 Quadratkilometer Land verwüstet werden könnten.

Die Bundesregierung spricht jetzt von "unverantwortlicher Panikmache" und „bewußter Irreführung der Öffentlichkeit". Wahr ist aber das genaue Gegenteil. Die Praktiken der Geheimhaltung alles dessen, was nicht ins Konzept paßt, die Methoden der Täuschung durch bestellte Gutachten und amtliche Schönfärberei, um die Werktätigen unseres Landes über die tatsächliche Gefahr von Atomkraftwerken und Atommüllaufbereitungsanlagen zu täuschen, gehören schon seit langem zum Arsenal der Bundesregierung, der Landesregierungen, der Behörden und amtlichen Überwachungsorgane.

Die Bundesregierung z. B. hat die Gegner der Atomkraftwerke immer wieder beschuldigt, die von ihnen herausgegebenen wissenschaftlichen Gutachten seien in Wirklichkeit reine „Propaganda", die mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegebenen Studien zu den gleichen verheerenden Ergebnissen kommen wie die der Atomkraftwerksgegner.

Geheimgehalten werden von den Länderregierungen auch die genauen Meßdaten über die Radioaktivität in der Umgebung von Atomkraftwerken. Auf eine entsprechende Anfrage des Wissenschaftlers Dieter Teufel von der Universität Heidelberg erklärte z. B. der zuständige Minister für NRW: „Die für die Aufsichtsbehörde bestimmten ausführlichen Jahresberichte kann ich Ihnen nicht zur Verfügung stellen." Teufel gelang es dann schließlich doch, die entsprechenden Berichte über das Atomkraftwerk Obrigheim zu bekommen. Bei einer Untersuchung der Daten stellt er unter anderem fest: **Die gesetzlich zulässige Strahlenbelastung wird in der Umgebung des Kernkraftwerks Obrigheim oft überschritten; die Überwachungsbehörde arbeitet in zahlreichen Fällen nicht zuverlässig und gewissenhaft; es ergibt sich der Verdacht auf bewußte und gezielte Manipulation.**

Geheimgehalten und verharmlost wird von den zuständigen Behörden auch das Ausmaß und die Schwere der bisher schon an Atomkraftwerken aufgetretenen Störungen und Unfälle. Typisch dafür ist ein Unfall im Atomkraftwerk Würgassen aus dem Jahre 1973. Der „Weserkurier" berichtet am 10. Juli: „Das Kraftwerk hatte am 25. Februar wegen eines kleinen Lecks in einer Dampfleitung . . . stillgelegt werden müssen." Ganz anders stellt sich die Sache jedoch in einem geheimen Brief des damaligen Innenministers Genscher an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages dar; in dem es heißt, daß der Unfall, wenn das Leck nicht zufällig rechtzeitig entdeckt worden wäre, „in der Tat dem größten anzunehmenden Unfall (GAU)" entsprochen hätte.

Die amtliche Propaganda stellt heraus, daß Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen angeblich so sicher gebaut werden, daß sie keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Die Tatsachen beweisen jedoch das genaue Gegenteil. Infolge von Unfällen waren 1972 die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik nur zu 56,5% ihrer vorgesehenen Betriebszeit in Aktion. **Und was die Wiederaufbereitungsanlagen angeht, gibt es auf der ganzen Welt noch keine einzige, die wirklich in Betrieb genommen werden konnte. Die schon in Betrieb genommenen mußten im Gegenteil alle wieder stillgelegt werden.**

Wir konnten hier wenige Beispiele dokumentieren. Sie beweisen aber zur Genüge, daß die Bundesregierung bereit ist, für den Profit einer Handvoll Konzerne die Gefährdung großer Teile der Bevölkerung und die mögliche Verwüstung weiter Teile unseres Landes in Kauf zu nehmen.

Bewunderung für einen Mörder

„In Ihnen begrüße ich einen der jüngsten und gleichzeitig einen der erfolgreichsten Regierungschefs Europas. Meine Regierung und ich sehen die Entwicklung der politischen Reform, die Sie mit soviel Energie in die Hand genommen haben, mit Bewunderung und großer Befriedigung."

Bundeskanzler Helmut Schmidt am 7. Januar, anläßlich seines Besuches in Madrid, zu dem spanischen Regierungschef Adolfo Suarez.



Wie an vielen Orten in Spanien in diesen Tagen demonstrierten am 9. Januar mehr als 10 000 Menschen in der Stadt Sestao für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Mit Tränengas und Schlagstöcken versuchte die Polizei, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Schüsse fallen. Von den Kugeln der Polizei getroffen, stirbt Juan Manuel Iglesias Sanchez, 15-jähriger Sohn eines Fabrikarbeiters.

Gewehrkugeln gegen das Volk, das ist die angebliche „Demokratisierung" des faschistischen Regimes. Dafür spenden ihm Helmut Schmidt und die anderen Imperialisten ihren Beifall.

Kurz berichtet

DORTMUND

Wenige Tage nach dem 6%-Lohnraubabschluß in der Stahlindustrie organisierten die Hoesch-Betriebszellen der KPD/ML eine Veranstaltung: „Nieder mit dem Tarifverrat – welche Lehren müssen wir Hoesch-Arbeiter ziehen?" In einer Rede zu Beginn der Veranstaltung erläuterte ein kommunistischer Hoesch-Kollege anhand der täglichen Erfahrungen der Kollegen im Betrieb, daß sich die Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Handlanger, den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P im unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampf zusammenschließen müssen. Die Veranstaltung war gut besucht, mehrere Kollegen waren zum erstenmal zu einer Veranstaltung der Partei gekommen. Einer von ihnen abonnierte am Ende des Treffens den „Roten Morgen". Im Anschluß an die Rede des kommunistischen Kollegen gab es eine lebhafte Diskussion. Für die „Stählerne Faust", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Hoesch, konnten 50 DM gesammelt werden, die für die anstehenden Prozesse gegen die Betriebszeitung verwendet werden sollen.

BOCHUM

Am 7. Januar führte die ROTE GARDE Bochum eine Veranstaltung gegen die geplanten Tariferhöhungen im öffentlichen Nahverkehr durch. Die „Bogestra" plant, die Tarife um 16% zu erhöhen. Rund 30 Freunde und Genossen waren dem Aufruf der ROTEN GARDE zu der Veranstaltung gefolgt. Sie hörten einen Rückblick auf die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen in den vergangenen Jahren. Außerdem wurden Dias über die Kämpfe des Jahres 1973 gezeigt. Zum Schluß der Veranstaltung beschlossen die Teilnehmer, in der kommenden Woche weitere Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen durchzuführen.

WESEL

Gegen den Bau eines Atomkraftwerkes am Niederrhein demonstrierten am 15. Januar in Wesel über 400 Menschen aus Moers, Dinslaken und Wesel. An der Demonstration hat sich die Partei beteiligt, die auch den Redner auf der Abschlußkundgebung stellte. Während der Demonstration verteilten die Genossen 500 Heftchen mit Artikeln aus dem „Roten Morgen". Außerdem wurden fünf Broschüren über den Kampf in Brokdorf und 15 „Rote Morgen" verkauft. Nach dem Abschluß der Demonstration gingen die Genossen der Partei gemeinsam mit anderen Teilnehmern der Demonstration in die Fußgängerzone und hielten dort kurze Kundgebungen ab. Die Genossen bemerkten auf der Abschlußkundgebung auch den berüchtigten Spitzel Schabronat, der in den Günter Routhier-Prozessen bereits viele Genossen der Partei denunziert hat.

MÜNSTER

Auch in Münster hat die Partei am Sylvesterabend eine Veranstaltung zum 8. Jahrestag der Gründung der Partei durchgeführt. Über 70 Freunde und Genossen waren anwesend. Auf dem Programm der Veranstaltung standen: Revolutionäre Lieder, die vom Agitationstrupp der Partei vorgetragen wurden, ein satirischer Sketch über die Ausweisung des Revisionisten Biermann aus der DDR und ein Dia-Vortrag über den Kampf in Brokdorf. Nachdem die Genossen das neue Jahr mit der Internationale begrüßt hatten, klang die Veranstaltung mit Musik und Tanz aus.

Offen gesagt . . .

Plädoyer für Krieg und Faschismus

Ein „Ehrenmann" tritt von der politischen Bühne ab – so hat die bürgerliche Presse die letzte „Botschaft an die Nation" kommentiert, die der amerikanische Präsident Ford eine Woche vor der Amtsübergabe an seinen Nachfolger Jimmy Carter abgegeben hat. In der Tat, was für ein „Ehrenmann"! Mit den Mitteln eines geübten Schauspielers, der in Tränen ausbricht, wenn es das Drehbuch vorschreibt, verkündete Ford noch einmal die Leitlinien der Politik der profitgierigen und machthungrigen Wallstreet-Magnaten, die seit jeher die Richtlinien bestimmen, nach denen das Weiße Haus zu handeln hat. Da durfte denn auch zum Schluß das inbrünstige Gebet nicht fehlen, das der gegen die Völker der Welt gerichteten aggressiven Politik des amerikanischen Imperialismus, dem Programm der Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Massen der USA durch die kapitalistischen Monopole höhere Weihen verleihen sollte. Diese Politik wird auch in Zukunft weiter verfolgt werden, wenn an die Stelle Gerald Fords Jimmy Carter getreten ist.

Ford bekräftigte den Anspruch des amerikanischen Imperialismus, „Erster" in der Welt zu sein. Erster in der Welt zu sein, das heißt aber für die amerikanischen Imperialisten nichts anderes, als den Völkern der Welt ihren Willen aufzuzwingen, sich das Recht herauszunehmen, sich überall einzumischen, die Völker auszubeuten und auszuplündern. Erster in der Welt zu sein, heißt für die amerikanischen Imperialisten, die Völker mit Aggression und Krieg zu überziehen, so wie es in der Vergangenheit in Indochina und anderen Teilen der Welt geschehen ist. Erster in der Welt zu sein, heißt für den amerikanischen Imperialismus, im Namen der „Freiheit" und der „Demokratie" die ungeheuerlichsten Verbrechen zu begehen und zu planen, wie das die Absicht, die Bundesrepublik im Falle eines Krieges in eine atomare Wüste zu verwandeln, nicht besser zeigen könnte. Um „Erster" zu sein, sind die amerikanischen Imperialisten bereit, die Völker in einen neuen Weltkrieg zu stürzen. Ford gab nicht umsonst in seiner Botschaft die Losung aus: aufrüsten, neue Waffen entwickeln und noch mehr aufrüsten. Gemeinsam mit dem sowjetischen Sozialimperialismus ist der amerikanische Imperialismus der größte Feind der Völker der Welt, ihres Strebens nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Die chauvinistischen Töne, die Ford in Bezug auf die Außenpolitik des amerikanischen Imperialismus angeschlagen hat, finden ihre Entsprechung im Programm der Ausplünderung und immer stärkeren faschistischen Unterdrückung der Werktätigen der USA. Ford verkündete die Absicht der amerikanischen Monopole, die Lasten der Wirtschaftskrise noch stärker als bisher auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen und verlangte von ihnen, den Gürtel enger zu schnallen. Mit den Worten: „In diesen Zeiten kann man Krisen nicht per Ausschußabstimmung bewältigen, ebensowenig wie man Kriege auf diese Weise führen kann. Am Steuer kann nur einer stehen", schlug er offene faschistische Töne an.

Wirklich, alles in allem genommen, ein rechter „Ehrenmann".



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Faschistische Methoden bei der 'Deutschen Reichsbahn'!

'Die Frau ist ja geistesgestört...'

Wer in Westberlin wohnt, der kann den von der Honecker-Clique und der D„K"P/SEW so viel gepriesenen „sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat" an Ort und Stelle kennenlernen. Die Zuschrift, die ein Arbeiter der „Deutschen Reichsbahn" an den „Roten Morgen" schickte, beschreibt an einem Beispiel die sozialfaschistischen Zustände, die in diesem DDR-eigenen Betrieb herrschen. Unser Leser schreibt:

Anhand eines kleinen Beispiels möchte ich allen Lesern des „Roten Morgen" schildern, mit welchen Methoden die Sozialfaschisten bei der „Deutschen Reichsbahn" in Westberlin gegen aufrechte Kollegen vorgehen. Es war an einem Mittwoch im vergangenen Winter, als ich eine Kollegin nach 12 Stunden Nachtschicht auf meinem Stellwerk ablöste. Sie erzählte mir gleich, daß sie wegen einer angeblichen betrieblichen Unregelmäßigkeit noch anschließend ins Bahnhofsbüro zum Dienstvorsteher gehen müsse. Sie sollte dort laut des Schreibens, das sie erhalten hatte, eine „Dienstliche Äußerung" abgeben.

Zur Erklärung für diejenigen, die nicht bei der „DR" arbeiten, muß gesagt werden, daß das Bahnhofsbüro erst um 7.30 Uhr aufmacht. D. h. die Kollegin mußte noch einhalb Stunden warten. Und das, wo ihre zwei Kinder (7 und 8 Jahre) um 10 Uhr zur Schule mußten. Um 13 Uhr erschien die Kollegin, einem Nervenzusammenbruch nahe, wieder bei mir. Was war geschehen? Der Dienstvorsteher hatte die Kollegin erst einmal zweieinhalb Stunden, d. h. bis 10 Uhr warten lassen, bis er ihr endlich „Audienz" gewährte. Auf ihre Bemerkung hin, er möge sich bitte kurz fassen, da sie von der Nachtschicht komme, erklärte der Bonze eiskalt: „Liebe Frau, wenn ich will, sind sie in drei Stunden noch hier." Dann folgte ein zweieinhalbstündiges Verhör. Die Kollegin wurde mehrmals zusammengeschrien („Mundhalten, oder wir fangen mit dem Fragen noch einmal von vorne an"), und ihr wurde mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht („Draußen warten genug, die Ihre Stelle hier gerne übernehmen").

Zum Schluß sollte sie das Protokoll dieses Verhörs unterzeichnen. Als sie sich den Inhalt durchgelesen hatte, stellte sie fest, daß ihr darin Sachen in den Mund gelegt wurden, die sie nie gesagt hatte. Daraufhin verweigerte sie ihre Unterschrift. Die Folge davon war, daß der Bonze noch hysterischer herumschrie. Als er ihr drohte, daß sie so lange bleiben müsse, bis sie das Protokoll unterschrieben habe, nahm sie ihm das Papier weg, zerriß es und warf ihm die Schnipsel an den Kopf. **Der Bonze erklärte nun gegenüber dem anwesenden Vertreter des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" (er war als Zeuge anwesend – für wen wohl?): „Die Frau ist ja geistesgestört, sie hat mich bedroht. Du bist Zeuge. Sie hat sich gegen mich aufgelehnt." Und zu meiner Kollegin sagte er wörtlich: „Liebe Frau ... in anderen Ländern würden sie schon lange in einer Nervenklinik sitzen, not- und zwangsweise."**

Zum Schluß ist noch folgendes zu sagen: Die Kollegin war vorher 11 Jahre Mitglied der SEW und hatte – auch wenn ihr mit der Zeit immer größere Zweifel an der Richtigkeit der SEW-Politik kamen – die Partei immer noch verteidigt und konnte sich nicht entschließen, auszutreten. Dieses Ereignis hat ihr – wie sie mir selbst erklärte – endgültig die Augen über den sozialfaschistischen Charakter der SEW geöffnet. Wenige Tage später zog sie die Konsequenzen und trat aus der SEW aus. Seit diesem Ereignis sind mehrere Monate ins Land gegangen. Heute liest diese Kollegin mit großer Begeisterung die Zeitschrift „Neues Albanien" und „Albanien heute". Über Albanien sagt sie heute: „Dort herrscht wirklicher Sozialismus.".

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Neue Rentenbeschlüsse der Regierung

Fortsetzung von Seite 1

abführen soll, herkommen? Die Bundesregierung sagt, aus dem Überschuß, der sich in den nächsten Jahren angeblich bei der BfA ergeben soll.

Unverfrorener geht es kaum! Wo kommt denn dieser „Überschuß" bei der BfA, auf den die Bundesregierung spekuliert, her? Er ist eine Folge der Maßnahmen, die 1975 beschlossen wurden, um die Milliardendefizite der BfA auf die Werktätigen abzuwälzen. Damals wurde der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung von den an sich gesetzlich festgelegten 2% auf 3% des Bruttolohns angehoben. Eine Maßnahme, die, wie die Regierung versicherte, „vorübergehend" sei und bei einer Besserung der Finanzlage der BfA sofort aufgehoben würde. Damals wurden außerdem allgemein die Angriffe auf die Arbeitslosen verschärft: Das bis dahin bestehende beschränkte Recht der Arbeitslosen, unter den angebotenen Stellen zu wählen, wurde abgeschafft; die Zahl der Sperrzeiten (Sperrung des Arbeitslosengeldes für 2-4 Wochen) verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr; die Gelder für Umschulungen und Berufsförderungsmaßnahmen wurden erheblich gekürzt usw.

Wenn die Bundesregierung angesichts dieser Tatsachen jetzt von einer „guten Finanzlage bei der BfA" spricht, dann ist das wirklich der nackte Hohn und zeigt, daß die Regierung auch gegenüber den Arbeitslosen nicht daran denkt, ihre Versprechungen einzuhalten.

Aber das ist noch nicht alles. Die Spekulation auf einen „Überschuß" bei der BfA wird von der Bundesregierung damit begründet, daß bis 1980 mit einem Sinken der Arbeitslosenzahlen auf rund 500 000 zu rechnen sei. Diese Zahl ist nichts als ein Witz. Alle Prognosen der letzten Zeit, die von verschiedenen Institutionen der Bourgeoisie über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit angestellt wurden – eine Prognose der BfA eingeschlossen – kamen zu dem Ergebnis, daß 1980 mit Arbeitslosenzahlen von über 2 Millionen zu rechnen ist. Das aber bedeutet, daß die BfA nicht nur den von der Bonner Regierung prophezeiten „Überschuß" nicht erbringen wird, sondern vielmehr selbst wieder in die roten Zahlen kommt. Mit anderen Worten: Nach den erhöhten Kosten, die die erste „Rentensanierungsmaßnahme" im Gesundheitsbereich gebracht hat, stehen nun – von Schmidt bereits angedeutete – Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung bevor, muß mit einer weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen gerechnet werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese neuesten Rentenbeschlüsse die letzten Maßnahmen der Regierung zur „Sanierung" der Renten sind. Denn die Renten, die Versorgung der alten und arbeitsunfähigen Menschen läßt sich in einem kapitalistischen Staat, der nur dazu geschaffen wurde, den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Kapitalistenklasse zu dienen, nicht sanieren. Für ihn geht es niemals darum, die Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen. Für ihn geht es darum, den Werktätigen immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, um sie den Kapitalisten in Form von Subventionen, „Investitionshilfen" usw. in die Tasche zu stecken. So ist es typisch, daß, während der kapitalistische Staat auf der einen Seite auf breiter Front die Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzt, gleichzeitig weitere Steuervergünstigungen für die Kapitalisten bevorstehen.

Das Hin und Her der Bundesregierung, ihre Lügen und Taktierereien zeigen, wie sehr die Bourgeoisie, deren Sprachrohr die Regierung in Bonn ist, fürchtet, daß die Werktätigen das wahre Wesen dieses „Sozialstaates" erkennen. Aber sie wird diese Erkenntnis nicht verhindern können. So wie das Märchen vom „Wirtschaftswunderdeutschland" heute niemand mehr glaubt, wird auch die Legende vom „Sozialstaat Bundesrepublik" bald der Vergangenheit angehören.

Weder Demagogie noch Gewalt werden verhindern können, daß sich die Werktätigen in den Kämpfen gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage immer mehr auf einer revolutionären Grundlage zusammenschließen, um eines Tages in der sozialistischen Revolution der Bourgeoisie die Macht zu entreißen und einen sozialistischen Staat aufzubauen, der ihnen in Wirklichkeit und nicht als leere Versprechungen soziale und wirtschaftliche Sicherheit garantiert.

Korrespondenz

Medizinische Versorgung auf dem Lande

Die Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der DDR führte dazu, daß ehemals sozialistische Errungenschaften in der medizinischen Versorgung entweder abgeschafft wurden oder zu normalen kapitalistischen Sozialeinrichtungen wurden.

Nehmen wir als Beispiel die auf dem Lande tätigen Ärzte. Vordergründig sieht es so aus, als wäre die Situation ganz gut. Es gibt eine relativ große Zahl von Ärzten auf dem Land. Aber was steckt dahinter?

Ärzte, die aufs Land gehen, verdienen das Doppelte von dem Gehalt eines Krankenhausarztes. Sie bekommen alle Vergünstigungen und gute Möglichkeiten, sich schöne Häuser zu bauen, Grundstücke zu kaufen. Sie zählen zur gesellschaftlichen Spitze in den Dörfern. Dazu gehört auch, daß sie selbstverständlich gern Geschenke der Patienten annehmen, zu Schlachtfesten eingeladen werden usw. Wenn sie Bereitschaftsdienst machen, so wird ihnen ein Wagen mit Fahrer gestellt, außerdem gibt's eine Extra-Vergütung.

So offenbart sich denn in der Praxis auch dieselbe bürgerliche Gesinnung wie im Westen. Ruft man nachts den Arzt, so muß man zuerst mit dem Fahrer telefonieren, der fängt gleich an, Hausbesuche abzuwimmeln: „Haben Sie denn schon die Gemeindeschwester alarmiert?" Und der Arzt: „Wissen Sie, alten Leuten braucht man nicht so viel Medikamente verschreiben, sie nehmen sie ja doch nicht." In solchen oft gehörten Aussprüchen spiegelt sich die ganze Menschenverachtung des sozialfaschistischen Systems wieder.

Ein weiteres Beispiel: die Landambulatorien. Hier ist der sozialistische Ursprung noch zu ahnen: Die Medizin sollte aufs Land, zu den Patienten. Fachärzte aller Richtungen sollten hier regelmäßig Sprechstunden abhalten.

So gibt es im Bezirk Frankfurt oder im Bezirk Seelow eine Klinik und Poliklinik in der Kreisstadt, je ein Landambulatorium in den Dörfern Marxwalde, Letschin und Manschnow. Und da passiert nun folgendes: Ein praktischer Arzt hat viermal in der Woche 2-3 Stunden Sprechzeit, der Frauenarzt kommt einmal in 14 Tagen, der Kinderarzt, der Hals-Nasen-Ohrenarzt und der Augenarzt kommen gar nicht, da müssen die Patienten in die Kreisstadt. Ein dreiviertel Jahr lang mußten alle augenärztlichen Patienten sogar nach Frankfurt oder Berlin weiterfahren, da es auch in Seelow keinen Augenarzt gab.

Frauen, die entbinden, sind gegenwärtig am schlechtesten dran. Seit über einem Jahr gibt es in der Kreisstadt keine Entbindungsstation mehr, die Frauen müssen nach Frankfurt, um ihr Kind zu bekommen. Sie könnten natürlich auch in einen Nachbarkreis, was zum Teil viel näher wäre, aber dort werden sie nicht angenommen, weil „man nicht dafür zuständig ist".

So sind also die Landambulatorien im Grunde nichts weiter als großzügig vom Staat eingerichtete Praxisräume für den praktischen Arzt des Dorfes, von dessen Können und Gnade die Patienten abhängig sind. Und es gibt zahlreiche Landärzte, die mit ihrem Wissen auf dem Stand von vor 20 oder 30 Jahren stehengeblieben sind. Sie sagen sich: **„Wozu sich mit Wissen über das EKG (Herzstromkurve) belasten, wenn wir sowieso kein EKG schreiben können?"** Schließlich steht der einzige EKG-Apparat in der Poliklinik in Seelow und kann dort von 9-12 Uhr benutzt werden. Wer weiter weg wohnt, darf eben keinen Herzinfarkt und keine Herzrhythmusstörung bekommen.

Nur die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR kann diesen Zuständen ein Ende machen. Unter der Führung der KPD/ML, Sektion DDR, kämpfen die Kommunisten für dieses Ziel.

Hinterhältiger anti-palästinensischer Plan durchkreuzt

Abu Daud in Freiheit

Der Plan war hinterhältig und schlau ausgedacht. Aber er scheiterte doch – an der breiten, weltweiten Solidarität mit dem palästinensischen Volk, mit dem bekannten palästinensischen Revolutionär Abu Daud.

Erst vor kurzem war in Paris der Leiter des dortigen PLO-Büros von zionistischen Verbrechern ermordet worden. Die Beerdigung Mahmoud Salehs wurde zu einer gewaltigen Demonstration gegen die israelischen Zionisten, die mit Hilfe ihrer Geheimdienste und gedungener Verbrecher die palästinensischen Patrioten in der ganzen Welt verfolgen, aber auch gegen die französische Bourgeoisie, die diese Verbrecher, die in Frankreich bisher schon vier Morde verübt haben, deckt.

Diesmal aber ging die französische Bourgeoisie noch weiter. Sie scheute nicht davor zurück, diese Beerdigung auszunutzen, um in Zusammenarbeit mit dem zionistischen Geheimdienst Abu Daud, der als Mitglied der offiziellen Delegation der PLO nach Paris gereist war, vom französischen Geheimdienst verhaften zu lassen. Prompt erfolgte dann auch ein Auslieferungsersuchen der israelischen Zionisten an die französische Regierung. Aber auch die westdeutschen Imperialisten forderten die Auslieferung Abu Dauds – aufgrund eines Haftbefehls, in dem Abu Daud vorgeworfen wird, an den Ereignissen in Fürstenfeldbruck beteiligt gewesen zu sein. Ein Vorwurf, von dem selbst die bayrische Staatsregierung einräumen muß, daß das „belastende Material" nicht genüge.

Es ist offensichtlich, daß dieser Vorwurf nur ein Vorwand war. Selbst deutsche bürgerliche Zeitungen schreiben, daß bei einer Auslieferung Abu Dauds an die Bundesrepublik wahrscheinlich eine weitere Auslieferung an die israelischen Zionisten geplant war. Ein abgekartetes Spiel also, ein Komplott der westdeutschen und französischen Imperialisten, um einen bekannten palästinensischen Patrioten an die israelischen Zionisten auszuliefern, wo ihn die Todesstrafe erwartet hätte.

Nur auf den breiten Protest in Frankreich und in aller Welt hin sahen sich die französischen Imperialisten gezwungen, Abu Daud doch freizugeben.

So hinterhältig das Komplott war, das so durchkreuzt wurde, so widerlich ist das Geschrei, das die Imperialisten und die israelischen Zionisten jetzt angesichts ihrer Niederlage anstimmen. Die Streitereien zwischen den westdeutschen und französischen Imperialisten und den israelischen Zionisten darüber, wer diese Freilassung „verschuldet" habe, sind nichts anderes als das Geheul von Wölfen, die um ihre Beute gebracht wurden. Die westdeutschen Imperialisten, die sich dabei besonders hervortun, entlarven sich dabei erneut als bittere Feinde des Freiheitskampfes des palästinensischen Volkes und als Vorkämpfer gegen den Befreiungskampf der Völker in Westeuropa.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

"Manpower" Moderner Sklavenhandel

Ich habe kurze Zeit bei der Firma „Manpower", einem „Unternehmen für Zeitarbeit", gearbeitet. Zeitarbeit heißt, daß die Firma selbst nichts produziert, sondern Arbeiter fest oder auf Zeit einstellt und diese dann an andere Firmen vermietet – je nachdem, wo gerade Arbeiter gebraucht werden. Den Profit teilen sich der Verleiher und der industrielle Kapitalist. Die Zeitarbeits-Firmen stellen in ihrer Propaganda die Arbeit bei ihnen als „vielseitig", „interessant" und „abwechslungsreich" hin, überhaupt präsentieren sie sich als die „typischen modernen Firmen des Jet-set-Zeitalters".

So heißt es z. B. in der Arbeitsordnung von „Manpower": „Sie werden bei uns menschliches Verständnis, berufliche Förderung und angemessene Vergütung Ihrer Leistungen finden. Ihre Mitarbeit bei 'Manpower' wird eine Bereicherung für Sie sein. Sie werden neue Unternehmen mit unterschiedlichen Arbeitsmethoden kennenlernen und in kurzer Zeit eine Vielzahl neuer Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrungen sammeln, die ihren beruflichen Wert erhöhen und Sie über den Durchschnitt hinausheben. Es wird Ihnen Freude machen, Kontakte mit Menschen verschiedener Berufe und unterschiedlichen Alters anzuknüpfen. Es wird Ihnen leicht fallen, sich Ihrer wechselnden Umgebung anzupassen und damit die Aufgabe zu erfüllen, überall da helfend einzuspringen, wo Not am Mann ist."

Nun, die versprochene „Vielzahl neuer Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrungen" konnte ich bereits in den ersten beiden Tagen sammeln – sie haben zwar nicht unbedingt meinen „beruflichen Wert erhöht" und mich „über den Durchschnitt hinausgehoben", aber sie haben mir ziemlich plastisch gezeigt, mit welchen Methoden diese Sklavenhändler ihre Profite herausschinden:

Ich wurde an eine kleine Chemie-Klitsche vermietet. Die Arbeitsbedingungen waren miserabel: Zu der überaus harten körperlichen Arbeit kam, daß kaum Arbeitskleidung gestellt wurde, obwohl der herumfliegende Chemikalien-Staub nicht nur die Haut, sondern auch die Kleidung angriff (meine Schuhe z. B. waren nach dem zweiten Tag ruiniert).

Auch „Menschen unterschiedlicher Berufe" sollte ich bald kennenlernen: Als ich in einer Arbeitspause aufs Klo gehen wollte, wurde ich von einem Oberaufpasser sehr bestimmt auf den Unterschied zwischen dem Arbeiter-Klo und dem Klo für die leitenden Angestellten hingewiesen.

Der Arbeitsplatz, an den ich kam, wurde von den Kollegen „das Strafbataillon" genannt. So war ein Kollege z. B. früher Vorarbeiter gewesen und hatte dann einmal gegen die Betriebsleitung den Mund aufgemacht: Sofort wurde er in diese Abteilung strafversetzt, der Lohn wurde gekürzt und ihm wurde geschrieben, er könne überhaupt froh sein, daß er „trotz dieses unglaublichen Vorfalls" dennoch weiterbeschäftigt werde.

Auch ich kriegte dieses Regime bald zu spüren: Da meine Hände von dem Chemie-Staub stark angegriffen wurden, verlangte ich Handwaschpaste. Dafür wurde ich von einem „Herrn von der Betriebsleitung" angeschnauzt, was ich mir nicht gefallen ließ. Als ich dann rausging, hörte ich, wie er zu einem andern sagte: „Der ist erst neu bei uns, den kriegen wir auch noch."

Es liegt natürlich nahe, daß bei solchen Zuständen die Kapitalisten in dieser Chemie-Klitsche die Leiharbeiter von „Manpower" (die einen relativ großen Teil der Belegschaft ausmachen) gut brauchen können, denn diese werden ja ständig ausgetauscht, was den Widerstand gegen solche Arbeitsbedingungen erschwert.

Nach zwei Tagen waren dann meine Hände vom Chemie-Staub so zerfressen, daß der Chef mich zum Arzt schickte, der mich für mehrere Tage krankschrieb. (Ein Kollege, der die Arbeit schon länger machte, sagte mir, daß er in den Händen fast nichts mehr spürt.)

Jetzt, wo ich krankgeschrieben war, wurde mir das in der Arbeitsordnung gepriesene „menschliche Verständnis" der „Manpower"-Kapitalisten in besonderem Maße zuteil: Während ich noch krankgeschrieben war, erhielt ich ein Entlassungsschreiben, was sogar gegen die bürgerlichen Gesetze verstößt. Als ich mich daraufhin wehrte, sagte mir der Personalchef, es tue ihm ja rein menschlich leid, da ich ja wirklich nichts dafür könne, aber es würden jetzt so viele krankfeiern, da könne er nichts machen. Erst als ich mit dem Arbeitsgericht drohte, nahm er die Kündigung zurück.

Rot Front, ein Genosse aus Frankfurt

"Wir zogen unsere Mäntel wieder an und gingen geschlossen nach Hause"

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einer Näherei in Gelsenkirchen als Schneiderin und ich möchte euch kurz mitteilen, was ich an zwei Montagen erlebt habe. Eigentlich war es ein Montag wie jeder andere, nur als wir den Nähsaal betraten, war es bitterkalt, denn die Heizung für den Raum wurde erst am Montagmorgen eingeschaltet. So konnte sich der Raum von Freitagabend, wenn die Heizung ausgeschaltet wird, bis Montagmorgen richtig auskühlen, zumal es draußen Winter geworden war. Nun warteten wir ab, ob bis zur Frühstückspause der Raum sich aufheizen würde, aber die Temperatur änderte sich kaum. Jetzt wollten einige Frauen nach Hause gehen, zumal man mit eisigen Fingern und kalten Füßen nicht nähen kann. Unser Bandleiter wurde jetzt ganz aufgeregt und meinte, das geht nicht, die Heizung läuft auf vollen Touren und dies wär kein Kindergarten hier usw. Als diese „großen Worte" nicht wirkten, konnte er doch einige Frauen überreden dazubleiben, indem er zwei Flaschen Rum versprach, zum Aufwärmen und zwei Stunden Pause in der Kantine und die anderen Frauen zogen mit. Soweit der erste Montag.

Als wir nun am nächsten Montagmorgen in den Nähsaal kamen, war es wieder bitterkalt, aber nun wurde gehandelt. Diesmal ließ sich keiner mehr überreden dazubleiben, sondern wir fingen erst gar nicht an zu arbeiten, sondern gingen wieder in den Umkleideraum und zogen unsere Mäntel wieder an und gingen geschlossen nach Hause. Und diese Woche Montag war der Nähsaal warm.

Bremen/Neue Heimat Hauptsache, die Miete ist sicher

Liebe Genossen!

Die „Neue Heimat" geht bei ihrer Profitjagd im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen. Vor kurzem ist mein Großvater gestorben, er wohnte in einer kleinen Wohnung von der „Neuen Heimat". Als wir die Wohnung jetzt auflösen wollten, sagte man uns, daß auch trotz Todesfall eine vierteljährliche Kündigungsfrist bestehe. Wir waren sehr empört. Hätten wir etwa die Wohnung schon ein Vierteljahr vor dem Tod unseres Opas kündigen sollen? Wir mußten nun zusätzlich zu der üblichen Behördenrennerei neben der Arbeitszeit auch noch eiligst einen Nachfolgemieter suchen. Die „Neue Heimat" regte sich dabei überhaupt nicht, ihr waren ja die drei Monate Miete sicher. Das ist das wahre Gesicht dieses DGB-Konzerns, ein skrupelloses Ausbeuterpack. Sie sitzen uns genauso im Nacken wie die Krupp und Thyssen, und genauso werden wir sie niederschlagen, wenn wir das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland errichten.

Rot Front!
Ein Genosse aus Bremen.

IGM-Bonze hetzt Polizei auf Arbeiter

Wie der „Rote Morgen" vor einigen Wochen berichtete, konnte durch den Kampf der Partei, des Arbeiterkomitees Klöckner und die aktive Solidarität vieler Kollegen erreicht werden, daß das Arbeitsgericht die Wiedereinstellung des kommunistischen Arbeiters Michael Weisfeld durch die Klöcknerkapitalisten verfügte. Aber der Kampf geht weiter. Die Klöcknerbosse und ihre Handlanger (nicht zuletzt der von der D„K"P beherrschte Betriebsrat) wollen sich nicht mit ihrer Niederlage abfinden. Sie haben beim Landesarbeitsgericht Einspruch gegen das Urteil eingelegt. Und wo die Kapitalisten gegen die Arbeiter vorgehen, dürfen natürlich die Bonzen der IGM nicht fehlen. So erhielt Michael dann auch einen Revers der IGM, mit dem er erpreßt werden sollte, sich von der KPD/ML zu distanzieren; falls er nicht unterschreibe, habe er mit seinem Ausschluß ohne Untersuchungsverfahren zu rechnen.

Michael, der auf der Klöckner-Hütte allgemein als Kommunist bekannt ist, unterschrieb nicht, sondern antwortete auf diesen schmutzigen Angriff der Bonzen mit einem offenen Brief, der auf der Hütte als Flugblatt verteilt wurde. Trotzdem wurde er von den IGM-Bonzen dann noch zu einer sogenannten „Anhörung" ins Gewerkschaftshaus vorgeladen. Er ging hin, aber nicht alleine. An die zwanzig Kollegen begleiteten ihn, die Mehrheit davon waren Klöckner-Arbeiter. Als Gewerkschaftsbonze Klöver den Flur voller Arbeiter sah, fuhr ihm der Schreck in die Glieder. Er verlangte den sofortigen Abzug der Kollegen und drohte mit der Polizei. Dadurch ließen sich die Kollegen jedoch nicht einschüchtern. Sie forderten die sofortige Rücknahme des Gewerkschaftsausschlusses. Klöver rief nun tatsächlich die Polizei. Konnte er noch deutlicher unter Beweis stellen, wie reaktionär und arbeiterfeindlich der Gewerkschaftsapparat ist? Die Kollegen jedenfalls werden dieses Zusammentreffen mit einem „Arbeitnehmervertreter" nicht so schnell vergessen. Bevor die Polizei kam, zogen sie sich zurück. Klöver hatte auch noch mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gedroht!

Im folgenden Auszüge aus dem offenen Brief an die Gewerkschaftsbonzen:

„Als meine Kollegen mich zum Vertrauensmann wählen wollten, wurde ich von Klöckner fristlos entlassen (. . .) Durch die Solidarität der Kollegen konnte ich sieben Monate später wieder auf der Hütte anfangen. Natürlich versucht Klöckner, mich mit allen Mitteln vor die Tür zu setzen. Wie euer Brief zeigt, ist euch nichts zu schmutzig, um Klöckner dabei zu unterstützen."

Michael geht dann auf den demagogischen Vorwurf ein, er sei ein „Gewerkschaftsfeind". Er weist darauf hin, daß er im Gegenteil ein guter Gewerkschaftler ist, und zwar deshalb, weil er gegen die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen für die Interessen von Millionen Gewerkschaftsmitgliedern eintritt. Weiter schreibt er dann:

„Welche Interessen ihr vertretet, habt ihr in der Stahltarifrunde wieder mal gezeigt. (. . .) Anstatt den Kampf der Arbeiter für mehr Lohn zu unterstützen, habt ihr das Kapital beim Lohnraub gegen uns unterstützt. Ohne euch wäre der 6%-Lohnraub nicht kampflos hingenommen worden. Ihr seid also die Gewerkschaftsfeinde! Eure Politik des Arbeiterverrats spaltet ständig die Arbeiterschaft. Viele klassenbewußte Arbeiter schmeißen euch heute die Bücher vor die Füße. Zahlreiche andere sind bereits ausgeschlossen worden, wie ihr es jetzt mit mir vorhabt. Wie ihr schreibt, bin ich auf der Betriebsversammlung vom 23. 3. 76 für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) eingetreten. Das stimmt. RGO, das heißt: Zusammenschluß von Gewerkschaftsmitgliedern, unorganisierten und ausgeschlossenen Kollegen, um konsequent für alle unsere Forderungen und für die Abschaffung des Kapitalismus zu kämpfen. (. . .) In eurer Gesinnungsschnüffelei kommt ihr zu dem Schluß, wer für die RGO eintritt, muß in der KPD/Marxisten-Leninisten sein. In einem habt ihr recht: Die KPD/ML macht in der Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus klar. Deshalb werden euch die Arbeiter früher oder später zusammen mit den Kapitalisten zum Teufel jagen – ob ihr mich ausschließt oder nicht."

Metalltarifrunde

Fortsetzung von Seite 1

larvt den ganzen Schlichtungsschwindel noch zusätzlich. In Wirklichkeit kann es im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat keine „unparteiische Zwischenposition" geben.

Sicher hätten sich die Kapitalisten und der Gewerkschaftsapparat ihre „harte Konfrontation" sparen können, wäre nicht die Unruhe und Kampfbereitschaft der Arbeiter und kleinen Angestellten entsprechend groß. Schon die Aufstellung der 9,5%-Forderung (bzw. 9,6% im Nordverbund und in Baden-Württemberg 50 DM Sockelbetrag plus 7%) war auf Empörung bei den Kollegen gestoßen. Sie hatten erheblich höhere Forderungen und zwar meistens lineare verlangt. So z. B. wurde auf Teilbelegschaftsversammlungen bei HDW in Hamburg die Forderung nach 1,50 DM mehr für alle verabschiedet. Aber solche Forderungen wurden vom Gewerkschaftsapparat einfach niedergebügelt.

Durch das provokative Auftreten der Kapitalisten, durch ihr dreistes 4,75%-Angebot und ihr unverschämtes Geschrei, die „Arbeitnehmer" hätten gefälligst Lohnverzicht zu leisten und „im Interesse des Ganzen" den Gürtel enger zu schnallen, wurden die Empörung und der Haß der Arbeiter noch gestärkt. Daß die Kapitalisten es sich überhaupt ungestraft leisten konnten, mit ihrem 4,75%-Angebot die Metaller zu verhöhnen, liegt nur daran, daß ihnen der Gewerkschaftsapparat Schützenhilfe leistet. Die Loderer, Mayr, Steinkühler, die ja selbst Kapitalisten sind, versuchen, jeden Kampf, den die Arbeiter und kleinen Angestellten für ihre Interessen führen, von innen heraus zu unterdrücken bzw. zu schwächen und abzuwürgen.

Sie stützen sich dabei auf die kleineren Bonzen von den unteren Funktionärsebenen (Ortsverwaltungen, Betriebsräte, Vertrauensleutekörper). Diese Leute sind meist korrupte Elemente, Karrieristen und Arbeiterverräter, die ihren Einfluß in den Betrieben ausnutzen, um abzuwiegeln und zu spalten. Meist tarnen diese Typen ihre schmutzige Rolle, indem sie scheinradikale Sprüche im Munde führen oder sich sogar als „Kommunisten" ausgeben, wie die Revisionisten von der D„K"P. Die letzteren sind die gefährlichste Sorte von Arbeiterverrätern. Sie verstehen es, ihre Rolle als Agenten der Kapitalisten am geschicktesten zu verschleiern. Sie leisten einen besonders wichtigen Beitrag für die Gewerkschaftsführung, wenn es darum geht, durch demagogische Parolen von der „Einheit der Arbeiterklasse" zu verhindern, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten einen endgültigen und bewußten Bruch mit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat vollziehen und sich im Kampf gegen das Kapital selbständig und auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen.

In den Tarifrunden machen die Revisionisten immer auf „Opposition" gegen die Gewerkschaftsführung, jedoch nur, um sich das Vertrauen der Massen zu erschleichen und sie von einer konsequenten, revolutionären Opposition und Aktion abzuhalten. Sie sorgen dafür, daß in Vertrauensleutekörpern relativ hohe Forderungen aufgestellt werden, aber nicht, um diese durchzusetzen, sondern um unter den Kollegen neue Illusionen in den Gewerkschaftsapparat zu wecken. Jeden Ansatz zu einem selbständigen Kampf, zu einem Kampf ohne Rücksicht auf die sogenannte „wirtschaftliche Vernunft" und ohne Beteiligung des Gewerkschaftsapparates, versuchen sie abzuwürgen bzw. wieder unter die Kontrolle der Bonzen und Arbeiterverräter zu bringen. Sie sind es immer wieder, die den Lohnraubvereinbarungen von Kapital und Gewerkschaftsapparat den Weg bahnen, indem sie ein machtvolles Aufbranden der Kämpfe verhindern.

Ihre Parolen und politischen Argumente sind nur scheinbar radikal, in Wirklichkeit sind sie mit der Ideologie der Klassenversöhnung durchtränkt, d. h. gegen die Erkenntnis gerichtet, daß die Arbeiterklasse die Ausbeutung und Unterdrückung, das kapitalistische System überhaupt, kompromißlos ablehnen und bekämpfen muß, daß jede Rücksichtnahme auf die „wirtschaftliche Vernunft" oder auf die Interessen des Kapitalismus eine Schwächung des eigenen Kampfes und eine Stärkung der Stellungen und der Macht der Kapitalisten bedeutet.

So soll beispielsweise die Losung: „Kaufkrafterhöhung dient der Sicherung der Arbeitsplätze, weil dadurch die Wirtschaft wieder angekurbelt wird", den Eindruck erwekken, als bestehe zwischen Kapital und Lohnarbeit eine gemeinsame Interessenbasis. Folglich müssen die Kapitalisten von den Arbeitern nicht kompromißlos bekämpft und auf diese Weise zur Erfüllung von Forderungen gezwungen, sondern mehr oder weniger durch Überzeugungskraft, durch Appelle an die „Vernunft" zur Einsicht gebracht werden. Aber die wirtschaftliche „Vernunft" des kapitalistischen Systems besteht in letzter Instanz immer nur darin, daß ein möglichst hoher Profit durch möglichst brutale Ausbeutung aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Diese „Vernunft" beinhaltet nicht etwa die „Steigerung der Kaufkraft der Werktätigen", sondern vielmehr deren zunehmende Verelendung.

Gemäß der „wirtschaftlichen Vernunft" der kapitalistischen Ausbeuterordnung, in der wir leben, haben die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen sich schon längst daraufhin geeinigt, daß der Lebensstandard der vier Millionen Beschäftigten in der Metallindustrie weiter herabgedrückt, daß ihre Reallöhne gesenkt werden sollen, damit die Profite des Kapitals gesteigert werden können. Der geplante Kuhhandel soll einen Lohnraubabschluß bringen, der so zwischen 6,5 und 7 Prozent liegt. Um den Herren einen Strich durch ihre Rechnung machen zu können, müssen alle klassenbewußten Metaller sich dafür einsetzen, daß eine starke Kampffront gegen das Kapital, den IGM-Apparat und alle Verräter organisiert wird, die den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf verhindern wollen.

39. Tagung der "Konzertierten Aktion"

Sie fürchten den Kampf der Arbeiterklasse

Die Vertreter der Kapitalistenverbände, des Gewerkschaftsapparates und des Bundeswirtschaftsministeriums traten vor kurzem wieder einmal zur sogenannten „Konzertierten Aktion" zusammen. Die bürgerliche Propaganda behauptet, die „Konzertierte Aktion" sei ein Instrument zur Überwindung der Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern. Angeblich beruht das Bestehen der „Konzertierten Aktion" auf einer „grundlegenden Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern". In Wahrheit jedoch vertreten alle Beteiligten der „Konzertierten Aktion" nur die Interessen der Kapitalistenklasse.

Die Bonzen des Gewerkschaftsapparates sollen laut bürgerlicher Propaganda die Seite der „Arbeitnehmer" vertreten. Aber sie werden von der großen Mehrheit der Arbeiter und kleinen Angestellten mit Recht nicht als ihre Vertreter betrachtet, sondern als Verräter, als bestochene Typen, die mit den Unternehmern unter einer Decke stekken, wobei die höheren Bonzen sogar selbst Monopolkapitalisten sind.

Genausowenig, wie die Gewerkschaftsbonzen Vertreter der Arbeiterklasse sind, ist die Bundesregierung, bzw. das Wirtschaftsministerium, ein „neutraler Vermittler" zwischen Lohnarbeit und Kapital. Schiebt Bonn nicht etwa den Monopolen bei jeder Gelegenheit unsere Steuergelder in Form von fetten Investionsspritzen und Subventionen zu, während man für uns Arbeiter und kleine Angestellte nur unverschämte „Mahnungen" parat hat, wir sollten im „Gesamtinteresse" unsere Lohnforderungen niedrig halten?

Die „Konzertierte Aktion" bringt in Wahrheit nicht etwa eine Übereinstimmung in den Interessen von Arbeitern und Kapitalisten zum Ausdruck, sondern vielmehr die Zusammenarbeit von Kapital, Staatsapparat und Gewerkschaftsapparat bei der Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiterklasse. Wie die bürgerliche Presse berichtet, betonte Wirtschaftsminister Friderichs auf dieser 39. Sitzung der „Konzertierten Aktion", es bestehe kein Anlaß, „die wirtschaftlichen Erfolge des Jahres 1976 zu verdrängen". Grundlage dieser Erfolge sei „die Übereinstimmung der Beteiligten gewesen, keine gesamtwirtschaftlich unzumutbaren Einzelinteressen zu verfolgen".

Offenbar ist es für Herrn Friderichs nur ein Randproblem, ein kleiner Schönheitsfehler, daß im vergangenen Jahr trotz des viel zitierten „Wirtschaftsaufschwungs" die Arbeitslosigkeit sich faktisch über der Millionengrenze einpendelte. Die Verschlechterung der Lebenslage des werktätigen Volkes, die Tatsache, daß Armut und Elend sich weiter ausbreiteten, daß Hunderttausende von Jugendlichen ohne Arbeit und Berufsausbildung blieben, daß die Alten um die paar Mark Rente Angst haben müssen, für die sie ihr ganzes Leben lang schuften mußten — all das hindert Herrn Friderichs nicht daran, von den „großen wirtschaftlichen Erfolgen des Jahres 1976" zu schwafeln. Und was Friderichs mit „gesamtwirtschaftlich unzumutbaren Einzelinteressen" meint, ist klar: nicht etwa die skrupellose Vernichtung von Arbeitsplätzen, die die Kapitalisten aus reiner Profitgier betrieben haben, sondern den gerechten Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten für die Verteidigung ihrer Reallöhne.

Daß er nicht nur ein ausgemachter Zyniker, sondern auch ein unverfrorener Lügner ist, demonstrierte Friderichs mit seiner Behauptung, die Rationalisierungsinvestitionen der Kapitalisten würden die Arbeitsplätze sichern. Dabei hat gerade das vergangene Jahr sehr deutlich gezeigt: Unter kapitalistischen Verhältnissen führt die Automation zu einer immer größeren Arbeitslosigkeit. Friderichs ist sich sehr wohl im klaren darüber, daß die Investitionsspritzen, die sich das Kapital vom Staat verpassen läßt, keineswegs zum Abbau der Arbeitslosigkeit sondern nur zur Bereicherung der Kapitalisten dienen. Zwar machen sich auch die Vertreter von Kapital, Staatsapparat und Gewerkschaftsapparat gewisse Sorgen über die hohe Arbeitslosigkeit, aber nicht etwa aus „sozialer Gesinnung", sondern einzig und allein weil sie fürchten, daß die Massen zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System aufgerüttelt werden. Das ganze Theater der bürgerlichen Propaganda um den angeblichen Kampf der Regierung, der Gewerkschaftsbonzen und „der Wirtschaft" gegen die Arbeitslosigkeit, so auch wieder das neueste „wirtschaftswissenschaftliche Gutachten", ist nur das Ergebnis dieser Angst der Herrschenden vor dem werktätigen Volk. Es soll dazu dienen, den Menschen weiszumachen, die Arbeitslosigkeit könnte im Kapitalismus überwunden werden. Auch soll die Empörung darüber, daß die Regierung den Kapitalisten Milliarden in den Rachen stopft (jetzt ist wieder ein Investitionsprogramm von 10 Milliarden für die nächsten vier bis fünf Jahre geplant), auf diese Weise entschärft werden.

Aber die Propaganda der Kapitalisten und auch die „Konzertierte Aktion" kann nicht das geringste daran ändern, daß sich die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie immer weiter zuspitzen. Deshalb können die Feinde der Arbeiterklasse einschließlich derer, die im Gewand des „Arbeitnehmervertreters" auftreten, nicht verhindern, daß immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte sich unter der Führung der KPD/ML zum Kampf für die Zerschlagung des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution zusammenschließen.

Großbrand auf der 'Burgenstein'

Vier Seeleute fanden den Tod

In der letzten Woche explodierte ein Teil der Ladung des Frachters „Burgenstein", der in Bremerhaven vor Anker lag. Drei türkische Seeleute fanden in den Flammen den Tod, ein Bootsmann der „Burgenstein" erlitt einen Herzkollaps und starb kurze Zeit darauf. Zwei schwerverletzte und sieben verletzte Seeleute vervollständigen die schreckliche Bilanz des Brandes.

Der Brand auf der „Burgenstein" wirft ein bezeichnendes Licht auf die unverantwortlichen Methoden der Hafenkapitalisten und Reedereien, die bei der Jagd nach möglichst hohen Profiten über Leichen gehen.

Die „Burgenstein" hatte Stückgut geladen, darunter in Luke 2 16 Tonnen Natriumperoxyd. Diese Substanz, die zur Herstellung von Bleich- und Düngemitteln sowie Sprengstoffen verwendet wird, ist leicht entzündbar und in Verbindung mit organischen Substanzen wie Baumwolle hochexplosiv. Kein vernünftiger Mensch würde deshalb auf die Idee kommen, Natriumperoxyd und Baumwolle nebeneinander in einem Laderaum zu verstauen. Anders jedoch die Hapag-Lloyd-Kapitalisten. Maximale Ausnutzung des Frachtraumes bringt die meisten Profite, das ist ihre Devise. Die Sicherheit der Schiffsbesatzung und der Hafenarbeiter interessiert sie dabei nicht.

Deshalb ließen sie in Luke 2 neben dem gefährlichen Natriumperoxyd außerdem große Mengen Baumwolle und Furnierhölzer verladen. Aber damit nicht genug. Zugleich stellte sich nämlich heraus,



Explosion auf dem Frachter „Burgenstein" in Bremerhaven

daß die Natriumperoxydfässer nur ungenügend gegen Stoß und Fall geschützt waren. So hat die Profitgier der Hapag-Lloyd-Kapitalisten die Katastrophe förmlich heraufbeschworen. Es wäre ein Leichtes gewesen, das Natriumperoxyd an einer anderen Stelle zu verstauen und es wäre auch ein Leichtes gewesen, die Fässer besser gegen Stoß und Fall zu schützen. Aber das hätte einen Verlust an Stauraum und eine aufwendigere Verpackung bedeutet und damit den Profit der Kapitalisten geschmälert. Auf einen Nenner gebracht hat denn auch der Experte für gefährliche Ladung im Seeverkehr beim Bundesverkehrsministerium, Kapitän Harry Rönnspies, die zynische Haltung der Kapitalisten zum Ausdruck gebracht: „Jede aufwendigere Verpackung ist unwirtschaftlich."

Die Kapitalisten ließen außerdem in der Luke nebenan Fässer mit Natriumzyanid verstauen. Damit bestand während des Brandes die Gefahr der Entwicklung hochgiftiger Blausäure und die Ausbreitung einer Blausäurewolke über weite Teile Bremerhavens. Das hätte unabsehbare Folgen gehabt und konnte gerade noch verhindert werden.

Ein Unglück wie auf der „Burgenstein" kann sich jederzeit wiederholen. Fast jeder Frachter, der nach Asien, Afrika oder Lateinamerika ausläuft, hat Natriumperoxyd an Bord. Und jeder kapitalistische Reeder läßt diese gefährliche Substanz in der gleichen skrupellosen Weise wie die Hapag-Lloyd verstauen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Verdienstkreuz für Fröb

Preiserhöhungen bei den Siemens-Kantinen

Anfang Februar sollen in den Westberliner Siemens-Kantinen die Essenpreise um über 11 bis 25% erhöht werden. Seit Monaten werden die Kollegen darauf vorbereitet, indem ihnen zunehmend schlechtere Qualität und kleinere Portionen angeboten werden. Nach dem Motto: hungere oder zahle, gehen die Kapitalisten hier vor, um ihren erstrebten Profit zu sichern.



Dicker Teppichboden, Tischdecken, Blumen und Weinflaschen auf den Tischen. Teure Einrichtung, feine Herrschaften im Saal. Zwei Kollegen, Bernd und Uwe, treten ein. Ein Kellner kommt an: „Ja, bitte, Sie wünschen?" Ihr werdet euch jetzt fragen, wo sich das zugetragen hat; im Kempinski, im Hilton oder gar im „Palazzo Prozzi" — nein, Kollegen, das war im Verwaltungsgebäude, Eingang Rohrdamm, Bildungszentrum, erster Stock. Und das ging so weiter:

Uwe: „Ja, wir wollten zur Einkaufsstelle. Wo finden wir die?" Kellner, arrogant: „Hier nicht. Ich weiß nicht, wo die Einkaufsstelle ist. Aber hier nicht! Sie müssen wieder runter. Fragen Sie den Portier. — Unten", betont er und weist mit der Hand nach unten.

Nach dem Einkaufen sagt Uwe aus dem Hausgerätewerk zu Bernd, der im Haus 15 arbeitet: „Forzfeiner Laden da oben. So ungefähr stell' ich mir das Hilton vor. Und bei uns im Werk wollen sie mal wieder die Preise erhöhen. Immer seltener gibts bei uns mal ein Schnitzel oder Berner Rolle, oder ne Roulade. Und wenn, dann kannste hungrig von werden. Die Kartoffeln haben sie uns auch schon vergrault. Grau und blau sind die, da will keiner en Schlag mehr von haben. Futterkartoffeln sozusagen. Auf der letzten Betriebsversammlung, da hat's ihnen einer gegeben, wie die Preiserhöhung raus war. Die wollten ihn gar nicht ausreden lassen. Aber recht hat er gehabt. Wir wollen ordentliches Essen. Und die Preiserhöhung muß wieder vom Tisch!"

Bernd ist ein guter Zuhörer. Und ein noch besserer Beobachter. In seiner Bude wird seit einem Jahr ein Teil der neuen Zentralküche ausprobiert. „Bei uns gibt's bloß noch aufgewärmt und abgemessen. Die Kantine wurde umgebaut, und in der Küche arbeitet jetzt nur noch die Hälfte Frauen. Halbtags natürlich. — Weil Siemens sonst noch bankrott macht", fügt er scherzend hinzu. „Aber im Ernst. In der letzten ‚Siemens-Mitteilung' steht so was von ‚Technischer Fortschritt' und so. Und überall werden die Kollegen deshalb entlassen, oder für einen Tag in der Woche entlassen, wie bei uns. Und der Turek vom Gesamtbetriebsrat sagte da: ‚Wir wollen keine Weberaufstände . . .', und er mache sich Sorgen um die Beschäftigung. Und weil er sich solche Sorgen macht um den Betrieb, hat ihn auch der von Oertzen so gelobt. Und überall haben die Betriebsräte den Preiserhöhungen zugestimmt. Und die von der Geschäftsleitung sagen immer, daß sie ja noch Zuschüsse zum Essen zuzahlen."

Entgegnet ihm Uwe: „Ja, Zuschüsse, gut. Aber die haben sie vorher aus uns herausgeholt. Und Steuerfreiheiten gibts dadurch auch noch. Und diese Betriebsräte, klar wollen die keine Weberaufstände. Die wollen überhaupt keine Aufstände. Die wollen selbst aufstehen, oder besser aufsitzen! — Im Aufsichtsrat nämlich. Und bis dahin müssen sie noch viel Friede, Freude und Eierkuchen predigen und kleine Brötchen backen. Wirst sehen, bei den Tarifverhandlungen jetzt."

Auszeichnung für Arbeiterverrat



Kollegen,

Am Freitag, dem 29. 10., gab's statt Mittagessen nur Kaffee, Kuchen und Brötchen aus dem Automaten. Die Kantine wurde für etwas Wichtigeres gebraucht: Betriebsratsvorsitzender Fröb wurde mit dem Bundesverdienstkreuz, bedacht. Schneglberger selbst dankte ihm „für seine Treue zur Firma und seinen unermüdlichen Einsatz". Die Medaille allerdings hat ihm ein Staatssekretär umgehängt, es wäre sonst zu offensichtlich gewesen, wem Fröb treue Dienste geleistet hat: den Konzernherren von Hoechst! Wie sah denn sein „unermüdlicher und redlicher Einsatz zum Wohle der Belegschaft" aus? Als es darum ging, Mitte letzten Jahres die Kurzarbeit durchzusetzen, stimmte der Betriebsrat zu und behauptete, so würden die Arbeitsplätze gesichert . . . Als Anfang 76 die Kapitalisten Überstunden brauchten, auch da konnten sie der Zustimmung des Betriebsrats sicher sein. Mal Kurzarbeit, mal Überstunden, der Betriebsrat mit Fröb an der Spitze erwies sich immer als treuer Büttel des Kapitals gegen uns. Oder nehmen wir die Schließung des Ausländerwohnheims im Westend 1974. Was sagte Fröb damals? „Der Firma 100 000 Mark zu sparen, ist auch eine Leistung!" Allerdings — offener und zynischer kann man es nicht ausdrücken, in wessen Diensten er steht! Auf der letzten Betriebsversammlung sagte Fröb in Bezug auf Umweltschutzmaßnahmen: „Was jahrelang nicht gemacht wurde, kann kurzfristig nicht nachgeholt werden, ohne Arbeitsplätze zu gefährden." Wenn also die Biebricher Werktätigen sich über Umweltverschmutzung und den unerträglichen Gestank von Kalle beschweren, der bis in die Mainzer Neustadt zieht, wenn sie Abhilfe verlangen, dann droht Fröb mit Entlassungen. Kollegen, diese Töne haben wir schon einmal gehört! Auf der Betriebsversammlung im Februar sagte Schneglberger: „Wenn das Bundesimmissionsschutzgesetz angewandt wird, dann wird die Cellophanproduktion unterhöhlt, und 2 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Fröb — die Stimme seines Herrn Schneglberger!

Für den Profit der Kapitalisten können wir ja an dem Dreck verrecken, denn wir schlucken müssen! Diese Liste der Verdienste Fröbs ließe sich noch lange fortsetzen, aber, Kollegen, das reicht! Fröb hat nicht unsere Interessen vertreten, sondern die der Hoechster Konzernherren — dafür wurde er ausgezeichnet. Uns hat er stets verraten, dafür wurde er auch gut bezahlt. (gekürzt)

Weg mit den Kantinenpreiserhöhungen!

Besseres Essen für unser Geld!

Meldungen aus den Betrieben

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN DER ÖTV FORDERN 200 DM UND MEHR

Im Bereich der Kreisverwaltung Essen der Gewerkschaft ÖTV haben in einer Reihe von Betrieben bzw. Bereichen Mitgliederversammlungen stattgefunden, auf denen über die Forderungen zur anstehenden Tarifrunde beraten wurde. Von den elf Mitgliederversammlungen haben sich zehn für Linearforderungen (bzw. Festbeträge) ausgesprochen, die in den meisten Fällen bei 200 DM und noch höher liegen. Im Klinikum und im Bereich Psychiatrie wurde die Forderung von 250 DM für alle verabschiedet. Die einzige Ausnahme bildete die Mitgliederversammlung des Arbeitsamts. Dort wurde die Forderung nach 8%, mindestens 160 DM verabschiedet. In den Betrieben bzw. Bereichen dagegen, wo nicht Mitgliederversammlungen sondern Vertrauensleuteversammlungen stattfanden, wurden ausschließlich Prozent- bzw. Mischforderungen verabschiedet, die alle erheblich niedriger liegen.

Revisionistisches

DIE STUFENLEITER

In der Sowjetunion erschien jetzt ein Buch unter dem Titel „Die Stufenleiter des Prestiges", das sich mit der Berufswahl der Jugendlichen beschäftigt. Dort heißt es u. a.: „Auch bei der Berufswahl existiert eine Mode. Nur ‚trägt' man zum Unterschied zur Kleidung den Beruf den größten Teil seines Lebens. Deshalb ist es auch so schwer, zu entscheiden, was man werden soll." Dazu schreibt ein Rezensent in der „Komsomolskaja Pravda", dem Zentralorgan des sowjetischen revisionistischen Jugendverbandes: „Ja, das ist wirklich schwer. Vor allem deshalb, weil das Prestige eine sich verändernde, fließende Sache ist. Die ehrgeizigsten Studenten bahnen sich durch eine große Konkurrenz den Weg zum Beruf des Physikers, Kybernetikers oder Mikrobiologen. Aber während sie ihr Studium beenden und schließlich echte Spezialisten werden, schüttelt die Zeit zwei- oder dreimal die Lose in der Lotterietrommel durcheinander und zieht irgendwelche anderen Beschäftigungen ans Licht: Historiker, Mechaniker, Volkswirte. Das vorherzusehen ist schwer."

So ist das also in der angeblich „sozialistischen" Sowjetunion! Nicht die Bedrüfnisse der Bevölkerung bestimmen den gesellschaftlichen Nutzen der einzelnen Berufe, sondern die Mode, der Zufall bestimmen das „Prestige" eines Berufes. Natürlich ist da schon lange klar, daß der Beruf eines Arbeiters oder Bauern sich nicht in der Lostrommel befindet. Denn in diese Lostrommel dürfen natürlich nur die neue Bourgeoisie und ihre Sprößlinge greifen, um sich den Beruf auszusuchen, mit dem man auf Kosten des Volkes am besten leben kann.

DISKOTHEKEN IN DER SOWJETUNION

In der Sowjetunion werden in letzter Zeit verstärkt Anstrengungen unternommen, die Jugendlichen mit dem Gift der westlichen Pop-Musik zu verseuchen. Um dabei einen weiteren Schritt voranzukommen, werden zur Zeit überall im Lande Diskotheken eingerichtet. Im Oktober letzten Jahres fand in Riga sogar das erste Diskothekenfestival statt. Und vor einigen Tagen erschien in der „Komsomolskaja Pravda" obendrein noch ein Artikel unter der Überschrift „Was ist das – eine Diskothek?" um auch die letzten, die es noch nicht wissen, über die Vorzüge von Diskotheken aufzuklären.



„In den Straßen Moskaus" (albanische Karikatur).

Der Autor fühlt sich in Diskotheken offensichtlich wohl: „Die spezifische Qualität eines Diskothekenabends ist seine Atmosphäre. Licht und Farben wechseln andauernd. Das alles schafft ein Gefühl der Rätselhaftigkeit des Vorübergehenden." Bedauernd stellt dieser revisionistische Schreiberling fest, daß im Gegensatz zu Polen, der Tschechoslowakei, der DDR die für eine Diskothek notwendigen Apparaturen wie Lichtorgeln usw. in der Sowjetunion noch nicht hergestellt werden.

Sicherlich braucht dieser Diskotheken-Anhänger sich nicht mehr lange zu grämen, denn bekanntlich ist ja der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion jedes Mittel recht, um die Jugend ideologisch zu versklaven und vom Klassenkampf abzuhalten.

An Westberlins Universitäten

Streikfront gegen politische Unterdrückung

An den Universitäten haben die Kämpfe der Studenten neuen Aufschwung genommen. Die Empörung der Studenten richtet sich einerseits gegen die wachsende Verschlechterung ihrer materiellen Lage. Der Bafög-Höchstsatz (Ausbildungsbeihilfe) liegt seit langem bei 550 DM. Diesen Satz erhalten Studenten, deren Eltern nicht mehr als 960 DM netto verdienen. Dieser sogenannte Elternfreibetrag liegt schon seit Jahren fest. Da der Lohn vieler Eltern jedoch nominell gestiegen ist (in Wirklichkeit Senkung des Reallohns) erhalten in diesem Sommer viele Studenten bis zu 200 DM weniger als vorher. Es ist klar, daß hiervon vor allem Kinder aus Arbeiterfamilien und Kinder von anderen Werktätigen betroffen sind. Immer häufiger kommt es vor, daß Studenten aus materieller Not das Studium aufgeben.

Die jetzt angekündigte Erhöhung ist eine Provokation. Der Höchstsatz soll auf 580 DM und der Elternfreibetrag auf 1 100 DM angehoben werden und das wahrscheinlich erst im Herbst.

Die Kämpfe im letzten Sommer – in Tübingen gegen Ersatzgelder, Mensaboykotts an vielen Universitäten, Bafög-Amt-Besetzung in Aachen, Streiks gegen das Bafög in Frankfurt und Hamburg – zeigen, daß der Kampf der Studenten an der wirtschaftlichen Front heftiger und militanter wird und häufig zugleich gegen die wachsende Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat gerichtet ist. Insgesamt wächst der Widerstand der Studenten gegen verschiedene Auswirkungen des reaktionären Hochschulbildungssystems, wie z. B. gegen die verschärfte Konkurrenz, den Zensurendruck, gegen die Ausbildung von Akademikern nur im Interesse des Kapitals, gegen reaktionäre Wissenschaften usw.

Mit verstärkter politischer Unterdrückung (mit Hilfe des Hochschulrahmengesetzes – HRG) will der Staat diesen Widerstand brechen. Aber gerade das bewirkt, daß sich die Kämpfe der fortschrittlichen Studenten gegen die politische Unterdrückung, die Faschisierung des Staatsapparates zuspitzen. Und das verhindert auch nicht die hinterhältige Methode, das HRG nicht insgesamt, sondern scheibchenweise und von Uni zu Uni etwas verschieden durchzusetzen. Gerade an diesen „Scheibchen" entzündet sich die Empörung und zieht an allen Universitäten die fortschrittlichen Studenten in den Kampf.

Daß sie dabei häufig den Rahmen der Legalität sprengen und dem Staatsapparat und seinen Bütteln militant gegenübertreten, erschreckt die Bourgeoisie. Ein Merkmal der Kämpfe der Studenten, das sie trifft, kommt deutlich in Löfflers (Senator für Wissenschaft und Kunst in Westberlin) offenem Brief an die Studenten heraus. Er beklagt sich, daß „eine Generation, die für die Geschichte der Arbeiterbewegung so viel Interesse bekundet" angeblich so wenig von der Arbeiterbewegung gelernt habe. Dabei führt er als vorbildlich die Abwieglertaktik des DGB-Apparats an. Was ihn ärgert, ist, daß die fortschrittlichen Studenten sich nicht zur Arbeiteraristokratie hingezogen fühlen, zu den Bonzen, sondern zur Arbeiterklasse; daß sie von deren Kämpfen lernen, wie z. B. von den militanten Streiks 1973. Dieser Staat hat Angst davor, daß die fortschrittlichen Studenten erkennen, daß die Arbeiterklasse die einzig konsequent revolutionäre Klasse ist, unter deren Führung dem bürgerlichen Staatsapparat die entscheidenden Schläge bis zu seinem Sturz versetzt werden können. Denn das heißt für die Bourgeoisie, daß Teile der Intelligenz, die sie als ihre Lakaien und ihre Reserve heranzüchten wollen, sich der Bourgeoisie widersetzen, zu Kämpfern für die sozialistische Revolution werden.

All die laufenden Kämpfe tragen dazu bei, daß die fortschrittlichen Studenten aus ihren Erfahrungen im Kampf und durch das Eingreifen des KSB/ML ihre Feinde und Freunde klarer erkennen, z. B. den abgrundtiefen Verrat der modernen Revisionisten an ihrem Kampf und am Kommunismus, daß sie erkennen, daß sie auf die Seite der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes gehören, daß ihnen im Kampf derselbe Feind gegenübersteht. Den Fortschritt in den Studentenkämpfen sieht man besonders in Westberlin, wo Studenten aller Universitäten gemeinsam gegen die politische Unterdrückung kämpfen.

Bericht über den Streik der Studenten in Westberlin

Auf gut besuchten Vollversammlungen (Pädagogische Hochschule 1300, Freie Universität 3 000, Technische Universität 2 000 Teilnehmer) wurde in Westberlin die Fortsetzung des Streiks, der vor Weihnachten ausgesetzt worden war, mit überwältigender Mehrheit beschlossen bzw. den einzelnen Fachbereichen empfohlen. Dies ist ein Erfolg der fortschrittlichen Studenten, die trotz massiver Einschüchterungsversuche des Senats und Abwiegelungsmanövern der SEW-ADS (Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten) den Kampf wieder aufgenommen haben.

Der Streik entzündete sich bereits Anfang November bei den Germanisten an der FU. Dort wandten sich die Studenten gegen die Berufsverbote gegen fortschrittliche Dozenten. Der Streik griff über auf fast alle Fachbereiche der FU. Ab Dezember standen nahezu fast alle Hochschulen in Westberlin im Streik. Die Studenten erklärten ihre Solidarität mit dem Streik der Germanisten und stellten den Kampf gegen die politische Unterdrückung in den Mittelpunkt ihrer Maßnahmen. Lehrveranstaltungen wurden boykottiert, die Studenten standen Streikposten und verhinderten in vielen Fällen Streikbrechern gewaltsam den Zutritt. In der bürgerlichen Presse erklärte die Bourgeoisie scheinheilig, daß ja „etwas dran sei am Protest der Studenten". FU-Präsident Lämmert rief alle bürgerlichen Parteien auf, das „Gespräch mit dieser Studentengeneration" zu führen. TU-Präsident Wittkowski, der sich seit jeher geschickt als „Vermittler" zwischen Senat und den berechtigten Forderungen der Studenten aufspielt, trat sogar, genau wie der offene Reaktionär Löffler, auf einer Vollversammlung auf.

Im gleichen Atemzug aber drohen sie, daß ihr Grundgesetz, die sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung", Streiks nicht zulasse. Bei den Medizinern an der FU erfolgte der erste Polizeieinsatz. Der KSB/ML schrieb dazu in einem Flugblatt vom 7. 12.:

„Die Mehrheit der Studenten setzt durch, daß die gesamte FU-Vollversammlung sich zur Unterstützung des Medizinerstreiks dorthin begeben solle. Die dort anwesenden ca. 30 Bullen machten betretene Gesichter, als sie plötzlich 3-4 000 Streikposten gegenüberstanden."



DER ROTE BAUSTUDENT

11. 11. 76

ZEITUNG DES KSB/ML FÜR DEN FACHBEREICH ARCHITEKTUR DER TU, WESTBERLIN

KSB/ML SEKTION DER ROTEN GARDE, JUGENDORGANISATION DER KPD/ML

Verantwortlich: Thomas Scheffer, 1 Berlin 65, Schererstr. 10,

ERGEBNISSE DES STREIKS

Die Genossen des KSB/ML unterstützten aktiv den Kampf mit Flugblättern, Zeitungen und als Streikposten.

Die Aussetzung des Streiks während der Ferien nutzte Wissenschaftssenator Löffler dazu, die Studenten mittels eines Rundschreibens massiv einzuschüchtern. Dieser Brief stellte nach Löfflers eigenen Ausführungen einen wesentlichen Schritt zur Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes auf Westberliner Verhältnisse dar. Wie ungelegen der Bourgeoisie gerade jetzt bei der Durchsetzung dieses reaktionären Gesetzes die Unruhe an den Universitäten kommt, das zeigen ihre Reaktionen.

Nicht genug damit, den Streik zu kriminalisieren, geht dieser Brief sogar so weit, Diskussionen in Seminaren als „rechtswidrig" zu erklären, selbst dann, wenn 98 von 100 Anwesenden eine Diskussion fordern.

Heute ist es so, daß der Senat mit Aberkennung des Semesters droht. Allein an der FU wurden 12 Ordnungsverfahren gegen Studenten verhängt, die nach dem Hochschulrahmengesetz bis zu drei Jahre Verweis von den Universitäten bedeuten können. Löffler droht bereits offen mit weiteren Polizeieinsätzen, vor allem mit der Verhaftung von Streikräten.

Dennoch ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, die Streikfront aufzulösen. Immer wieder bekräftigten Kommilitonen: „Jetzt erst recht. Wir streiken weiter." Die Vollversammlungen verabschiedeten zusätzlich Losungen wie „Keine Kriminalisierung des Streiks! Sofortige Zurücknahme und Einstellung aller Disziplinar- und Ermittlungsverfahren! Weg mit dem Hochschulrahmengesetz und Ordnungsrecht!" Während des Streiks machte der KSB/ML immer wieder klar, daß die Berufsverbote, die wachsende politische Unterdrückung Ausdruck der Faschisierung des Staatsapparates sind und daß der Kampf nur dann Erfolg haben kann, wenn er sich bewußt gegen den kapitalistischen Staatsapparat richtet. Überall, wo die Studenten entschlossen den Boykott der Lehrveranstaltungen durchführten, konnte das nur gegen den aktiven Widerstand der SEW-ADS geschehen. Wo sich die Studenten gegen den Polizeieinsatz wehrten, verunglimpften sie diese als „Chaoten" und „Hitzköpfe". An vielen Fachbereichen haben sich die modernen Revisionisten offen als Streikbrecher entlarvt. An einzelnen Fachbereichen der TU, wo die ADS gemeinsam mit der Studentenorganisation des KBW und Jusos den Streikrat bilden, ist es ihnen gelungen, den Streik abzuwürgen. An Fachbereichen der FU stimmten mehrheitlich Studenten für einen „militanten Streik", nachdem deutlich wurde, daß die ADS unter der Losung „aktiver Streik" den Kampf auf reine Seminardiskussionen verpflichten und damit abwürgen wollte. Wo die SEW-ADS im Kampf isoliert wurde, sprangen Trotzkisten und andere lichtscheue Elemente in die Bresche. Der KSB/ML führt die Auseinandersetzung mit den Studenten gegen diese Feinde in den eigenen Reihen, die den Kommunismus bekämpfen und nur der Bourgeoisie dienen.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHINAS ERSTE OZEANOGRAPHISCHE EXPEDITION

Vor einiger Zeit unternahmen zwei Forschungsschiffe der Zehntausend-Tonnen-Klasse, die „Hsiangyanghung Nr. 5" und die „Hsiangyanghung Nr. 11" die erste Expeditionsreise in der Weite des Stillen Ozeans. Große Mengen von Daten aus erster Hand wurden dabei für verschiedene wissenschaftliche Gebiete gewonnen und erfreuliche Ergebnisse erzielt, die ein fortgeschrittenes Niveau erreichen oder noch bestehende Lücken in diesen Bereichen auffüllen.

Die von den beiden Schiffen angestellten Untersuchungen umfassen viele Bereiche der Wissenschaft – Meereshydrologie, maritime Meteorologie, Meereschemie, Meeresgravitation, Meeresgeologie und Untersee-Geomorphologie, maritime Fernmeldeverbindung und Navigation.

Hydrologen messen die Temperaturen des Stillen Ozeans in verschiedenen Tiefen.

Die an der Expedition beteiligten Arbeiter, Kader, Techniker und Wissenschaftler packten beharrlich den Klassenkampf als Hauptkettenglied an und hielten den Kurs ein, daß die Meeresforschung in den Dienst der proletarischen Politik gestellt werden muß. Anhand der seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution, seit den Bewegungen zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats unter Anleitung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao erzielten Errungenschaften in Chinas Meeresforschung verurteilen sie während der Reise die von Deng Hsiao-ping in den Bereichen der Wissenschaft und Technik verbreiteten Absurditäten wie „Gegenwart ist nicht so gut wie die Vergangenheit", seine revisionistische Linie und seinen verbrecherischen Versuch, den Kapitalismus zu restaurieren.

Alle waren entschlossen, bei Chinas erster meereskundlicher Forschungsreise gute Erfolge zu erringen und somit den auf die Aufhebung richtiger Urteile abzielenden Wind von rechts abzuwehren. Mit dem revolutionären Heroismus, wie ihn der Vorsitzende Mao in den Verszeilen beschreibt: „Wir können den Mond im neunten Himmel umfassen und die Schildkröten tief in den Fünf Meeren", befuhren sie die östliche wie die westliche Hemisphäre und überquerten den Äquator in nord-südlicher Richtung. Während ihrer wochenlangen Fahrt und Forschungsarbeit hatte die Expedition Taifune im Westpazifik und die Hitze am Äquator zu überstehen, sie passierte auch komplizierte Meeresgebiete, wo es an nautischen Daten mangelte. Alle Expeditionsmitglieder arbeiteten praktisch Tag und Nacht, keine Mühe schreckte sie.

Die bei der Meeresforschung verwendeten Instrumente und Ausrüstungen waren alle von China selbst entworfen, konstruiert und montiert worden. Die dafür zuständigen Fabriken, Entwurfs- und Forschungsinstitute konnten durch sozialistische Zusammenarbeit in kurzer Zeit für die Forschungsreise alle nötigen Instrumente und Ausrüstung fertigstellen. Auf der Reise funktionierte alles gut und entsprach allen geplanten Anforderungen.

So hat diese Forschungsreise insgesamt einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Meeresforschung in China geleistet.

(nach „China im Bild" Nr. 10/76)

Verfahren gegen fortschrittliche Rechtsanwälte

Angriff auf die Verteidigung in politischen Prozessen

Mit zwei verschiedenen Verfahren versucht die Bourgeoisie Exempel zu statuieren, um fortschrittliche Rechtsanwälte, die als Verteidiger in politischen Prozessen auftreten, auszuschalten.

Im Fall von Rechtsanwalt Gildemeier wurde ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet. Rechtsanwalt Gildemeier wird vorgeworfen, mit den politischen Zielen der GRF übereinzustimmen, für den „revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolbourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats" einzutreten. Das aber, so die Anschuldigungsschrift, sei mit den Grundsätzen des Anwaltberufs nicht vereinbar. **Mit anderen Worten, weil die Anwaltskammer meint, Fritz Gildemeier ist Kommunist, soll er nicht mehr als Verteidiger arbeiten dürfen.** Der Fall Gildemeier ist noch nicht entschieden. Aufgrund eines Antrags über das sogenannte „Parteienprivileg" wurde der Fall zunächst an das Bundesverfassungsgericht verwiesen.

Im Fall von Rechtsanwalt Groenewold, der von der Verteidigung im Stammheimer Prozeß gegen die RAF bereits ausgeschlossen wurde, ist Anklage wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" erhoben worden. Grundlage für diese Anklage – die auch gegen andere Verteidiger von RAF-Angeklagten erhoben wurde – ist die Tatsache, daß Rechtsanwalt Groenewold jahrelang als Verteidiger in Prozessen gegen die RAF, aber auch in anderen politischen Prozessen aufgetreten ist. Die Anklage geht davon aus, daß es erwiesen ist, daß die RAF eine kriminelle Vereinigung sei, Rechtsanwalt Groenewold sich der Unterstützung dieser „kriminellen Vereinigung" schuldig gemacht habe, weil er auf „politische Art" verteidigt habe. „Politisch" ist nach Ansicht der Bundesanwaltschaft diese Verteidigung gewesen, weil Rechtsanwalt Groenewold tatsächlich als Anwalt seiner Mandanten, nicht aber als verlängerter Arm des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft handelte, weil er darüberhinaus teilweise auch in der Öffentlichkeit – etwa zur Zeit des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen – für sie eintrat und weil er, wie die Anklageschrift behauptet, die Kommunikation der Häftlinge untereinander ermöglicht habe. Eine solche Art der Verteidigung aber, so folgert die Bundesanwaltschaft, könne nur möglich sein, wenn der Verteidiger mit den politischen Zielen seiner Mandanten übereinstimme, bzw. ihnen nahestehe.

Diese angebliche politische Übereinstimmung, die die Bundesanwaltschaft anhand einiger undurchsichtiger Beweise untermauert, reicht aus, um Rechtsanwalt Groenewold der Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" anzuklagen. Diese Argumentation aber läuft am Ende auf nichts anderes hinaus, als das sich jeder Anwalt in einem politischen Verfahren, der den Angeklagten eine politische Verteidigung, die Verteidigung ihrer revolutionären und kommunistischen Gesinnung, ermöglicht und seine Stellung als Anwalt nicht dazu benutzt, ein „reibungsloses Verfahren" im Sinne der Klassenjustiz zu ermöglichen, in den Verdacht gerät, „Mittäter" oder mindestens „Sympathisant" zu sein.

Beide Verfahren, das gegen Rechtsanwalt Gildemeier und das gegen Rechtsanwalt Groenewold, betreffen nicht nur diese beiden Anwälte allein. Soll das erstere zu einem Exempel werden, um Kommunisten die Anwaltstätigkeit zu verbieten, so soll das zweite zu einem Exempel werden, um Anwälte, die Kommunisten und Revolutionäre verteidigen, als „Mittäter" anzugreifen, um ihnen ebenfalls die Anwaltstätigkeit zu untersagen. So soll der Weg gebahnt werden zu politischen Prozessen, in denen der Angeklagte dem Gericht und der Staatsanwaltschaft nicht mehr mit einem Anwalt seines Vertrauens gegenübersteht, sondern mit einem Anwalt, der sich als verlängerter Arm der Klassenjustiz versteht. Diese Verfahren gegen die beiden Anwälte gehen deshalb nicht nur die fortschrittlichen Anwälte an, sondern alle, die der weiteren Faschisierung des Staates entgegentreten wollen.

Prozeß gegen den 'Borsighammer'

'Die wollen Euch mundtot machen!'

„Die wollen euch mundtot machen" – das sagten viele Kollegen bei Borsig in Westberlin und bei Lindner, dem Betrieb, wo Thomas Scheffer arbeitet, schon vor einem Prozeß gegen Thomas als presserechtlich Verantwortlichen für den „Borsighammer". Der Prozeß gegen den „Borsighammer", die Betriebszeitung der KPD/ML, der jetzt am 12. 1. 77 vor dem Amtsgericht stattfand, hatten die Borsig-Kapitalisten angestrengt, weil die Zeitung den Tod des Arbeiters Günther Kauschke in der Gießerei als „Mord aus Profitgier" bezeichnet hatte. Die Borsig-Kapitalisten und der Betriebsrat dagegen hatten von einem „tragischen Unglücksfall" gesprochen und den „Borsighammer" wegen „Verleumdung" und „übler Nachrede" verklagt.

Günther Kauschke war im Juni letzten Jahres in der Spätschicht von einem Kranhaken erschlagen worden, der vom Kran abriß, weil die obere Endausschaltung des Krans den Hub nicht stoppte. Der Kran ist seit 1917 bei Borsig in Betrieb.

Daß dieser Kran schon lange ein Sicherheitsrisiko war, das wurde aus den Zeugenaussagen vor Gericht deutlich. So kam heraus, daß bereits am 2. Februar letzten Jahres eine Unfallkommission empfohlen hatte, den Kran stillzulegen, weil er überaltet war und viele Mängel aufwies. Trotzdem leisteten die Borsig-Kapitalisten dieser Empfehlung keine Folge. Im Gegenteil: Sie veränderten nichts an dem Kran und ließen ihn weiterfahren. Die „Sachverständigenaussage" vor Gericht dazu gipfelte in der Feststellung: der Kran war „betriebsbereit", aber nicht „betriebssicher"!

Obwohl auch in anderen Zeugenaussagen viele Unfälle und die allgemeine Unfallsituation bei Borsig eindringlich geschildert wurden, sah das Gericht diese Tatsachen nicht als entscheidend an. Entscheidend für das Gericht war vielmehr die Gesinnung des angeklagten Genossen, der als „verstockt" und „uneinsichtig" bezeichnet wurde. Auf dieser Grundlage verurteilte das Gericht den Kommunisten Thomas Scheffer als presserechtlich Verantwortlichen für den „Borsighammer" zu 1 000 DM Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte dem Genossen für die Zukunft offen eine Gefängnisstrafe angedroht.

Am Tag nach dem Prozeß war die Empörung bei den Borsig-Kollegen und den Kollegen bei Lindner groß. Viele Kollegen kamen zu Thomas und sagten ihm, daß sie das Urteil ungeheuerlich fänden. Einer meinte: „Wenn von uns mal einer die da oben angreift, dann kriegen wir vor deren Gericht niemals Recht." Ein anderer Kollege fand große Zustimmung, als er sagte: „Es ist gut, daß wir einen haben wie Thomas, der so mutig und konsequent für die Arbeiter eintritt." Ein Kollege gab Thomas auf das Urteil hin spontan 7 DM, ein anderer 5 DM.



Kundgebung der Partei und der RHD vor den Werkstoren in Borsigwalde

Bereits vor dem Prozeß war dieser Angriff auf den „Borsighammer" unter den Kollegen ein Thema, das heiß diskutiert wurde. Einige Kollegen erklärten sich spontan bereit, durch Spenden den „Borsighammer" zu unterstützen. Immer mehr Kollegen nehmen ihn vorm Tor. Viele Kollegen sagen, was der „Borsighammer" über die Unfälle und ihre Ursachen schreibt, ist richtig. Sie sehen an ihrem eigenen Arbeitsplatz, daß das stimmt. Das war auch bei Kundgebungen zum Prozeß zu spüren, die die Partei und die Rote Hilfe Deutschlands vor den Werkstoren und in Borsigwalde, einem Wohngebiet der Borsigarbeiter, durchführten. 20 Menschen waren dort bereit, mit einer Spende die kommunistische Betriebszeitung zu unterstützen. Auf einer Veranstaltung und einem Stammtisch der RHD zum Prozeß wurden insgesamt noch einmal 322 DM zur Unterstützung von Thomas gespendet.

Was zeigt mehr als diese Beispiele, daß es nicht so einfach ist, den „Borsighammer" „mundtot" zu machen. Das war das Ziel der Strafanzeige der Borsig-Kapitalisten, das Ziel des Urteils. In Wirklichkeit aber hat sich der „Borsighammer" im Betrieb weiter verankert, haben noch mehr Menschen von den kapitalistischen Arbeitsbedingungen und ihren Ursachen erfahren, wächst die Erkenntis, daß dieser Staat und seine Gerichte ein Instrument in den Händen der Kapitalistenklasse ist, um die Arbeiterklasse und das werktätige Volk zu unterdrücken.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

REUTLINGEN

Am 3. 1. 1977 sollte für Klaus Kercher der Haftantritt für die 16monatige Gefängnisstrafe sein, die die Klassenjustiz wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 gegen ihn verhängt hatte. Wie andere Genossen vor ihm, meldete sich auch Genosse Klaus nicht freiwillig zum Strafantritt, sondern erklärte, daß man ihn schon holen müsse, wenn er eingesperrt werden solle.

Die Partei und die ROTE GARDE nahmen das zum Anlaß, um mit einem Flugblatt und mit einer Veranstaltung diesen Fall politischer Unterdrückung bekanntzumachen und Solidarität mit dem Genossen zu schaffen. Die Gespräche, die die Genossen mit den Bewohnern der Arbeiterviertel in Reutlingen führten, zeigten, wie lächerlich es ist, wenn die Bourgeoisie behauptet, sie spreche Recht im „Namen des Volkes", denn überall fanden die Genossen Unterstützung oder zumindest Verständnis, nirgends Verurteilung. Einzelne Genossen erfuhren, daß die Menschen in den Stadtteilen schon von Klaus wußten, weil irgendwo im Betrieb darüber gesprochen worden sei. D. h. auch da, wo die Partei nicht unmittelbar arbeitet, sprach sich der Fall Klaus Kercher herum.

Zu der Veranstaltung am 8. 1. kamen dann rund 40 Menschen, darunter vier Kollegen von Klaus, die zum ersten Mal eine Parteiveranstaltung besuchten, sowie vier Kollegen von der Frau des Genossen. Auf der Veranstaltung sprachen Genosse Klaus und ein Genosse der Partei. Eine Spendensammlung für die Prozeßkosten ergab rund 300 DM. Nach Schluß der Veranstaltung blieben noch viele Genossen und Freunde zusammen, diskutierten und sangen miteinander.

KIEL

Auch Genosse Martin Peleikis erhielt inzwischen die Aufforderung, am 5. Januar seine Haft anzutreten. Genosse Martin Peleikis war von der bürgerlichen Klassenjustiz als presserechtlich Verantwortlicher wegen eines antimilitaristischen Flugblatts zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden.



WILHELMSHAVEN

Eingestellt wurde ein Verfahren gegen den Roten Betriebsrat Gerd Coldewey wegen des „Roter-Morgen"-Verkaufs. Er sollte in Wilhelmshaven den „Roten Morgen" Nr. 25 und 26/74 verkauft haben, in denen der Tod des Genossen Günter Routhier angeprangert wird. Durch die revolutionäre Prozeßführung wurde die bürgerliche Klassenjustiz zum Rückzug gezwungen, und sie stellte das Verfahren ein.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 7. 2. 1977 um 9.00 Uhr findet vor der 5. Großen Strafkammer, Zimmer 23, in Dortmund die Berufungsverhandlung gegen die Münsteraner Genossen Burkhard und Harald statt. Die beiden Genossen waren in der ersten Instanz zu 6 Monaten und 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden im Zusammenhang mit Aktivitäten der Ortsgruppe Münster der Partei zum Tod des Genossen Günter Routhier.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Spendet für den „Roten Morgen"

bitte einzahlen auf die Konten

Vorstand der KPD/ML – Spendenkonto – Stadtsparkasse Dortmund KtoNr.: 321 004 547

KPD/ML-Spendenkonto PSchKtoNr. 64 20 – 467, PSchA: Dortmund

Spenden

Auf die Spendenkonten des Parteivorstandes gingen bis zum Jahresende 1976 folgende Spenden ein:

Spenden für die KPD/ML

Datum	Spender	Betrag
26.10.	Ungenannt	100,00
28.10.	H.P.B., Neu-Isenburg, Grundsatzerklärung	50,00
2.11.	Arbeitertreff Altona	35,00
2.11.	Arbeitertreff Altona, Grundsatzerklärung	60,00
3.11.	Kunden des Buchladens Westberlin, Grundsatzerklärung	30,00
4.11.	C.B. Würzburg, Grundsatzerklärung	50,00
4.11.	Arbeitertreff Nord, Westberlin	10,00
10.11.	RG Lingen, Grundsatzerklärung	70,00
11.11.	Veranstaltung München, Grundsatzerklärung	1 064,90
12.11.	Arbeitertreff Kiel	47,35
16.11.	Veranstaltung Westberlin	424,00
16.11.	T.B. Essen, Grundsatzerklärung	250,00
18.11.	Diskussionsveranstaltung KSB/ML, Frankfurt Grundsatzerklärung	24,00
22.11.	Albanienveranstaltung Hamburg, Grundsatzerklärung	345,56
24.11.	RG Hamburg-Ost, Grundsatzerklärung	15,00
24.11.	Großveranstaltung Dortmund zum 7. Parteitag der PAA, für die Herausgabe der Werke des Genossen Enver Hoxha	2 418,84
24.11.	Albanienveranstaltung Dortmund	180,23
26.11.	J.L.Westberlin	30,00
29.11.	Spenden vom Literatur-Tisch, Dortmund	41,67
30.11.	Spenden vom RM-Verkauf in Hamburg	24,40
30.11.	Albanienveranstaltung Westberlin, Grundsatzerklärung	100,00
30.11.	Albanienveranstaltung Kiel	335,00
3.12.	Albanienveranstaltung, Nürnberg	185,00
3.12.	Albanienveranstaltung Freiburg, Enver Hoxha-Werke	73,48
3.12.	U.D. Frankfurt	20,00
6.12.	OG Duisburg, Enver Hoxha-Werke	250,00
14.12.	Albanienveranstaltung Westberlin, Enver-Hoxha-Werke	83,00
14.12.	Stammtisch Westberlin-Neukölln	242,91
15.12.	Studentenwohnheim Dauerwaldweg, Westberlin, Grundsatzerklärung	30,00
15.12.	Programmschulung RG Hamburg, Grundsatzerklärung	45,00
16.12.	OG Lübeck	159,23
16.12.	Verschiedene Veranstaltungen, Hamburg	1 000,00
20.12.	RG Friedrichshafen, Grundsatzerklärung	30,00
21.12.	T.B. Essen	50,00
27.12.	Albanienveranstaltung Wetzlar	80,00
28.12.	Spende aus Gießen	50,00
28.12.	Thälmann-Buchladen, Kiel, Grundsatzerklärung	152,30
29.11.	Krankenhäuser-Süd, Westberlin, Grundsatzerklärung	111,50
31.12.	Veranstaltung Rüsselsheim, Grundsatzerklärung	193,00
31.12.	OG Köln, Grundsatzerkl.	67,00
	Gesamt	**8 528,37**

Spenden für die Sektion DDR

Datum	Spender	Betrag
4.11.	Marxisten-Leninisten in der SEW, Westberlin	82,50
12.11.	Albanien-Veranstaltung, Freiburg	32,90
15.11.	W. und E.R. Karlsruhe	10,00
15.11.	E., Eggenstein-Leopoldshafen	14,00
29.11.	Rote Pioniere Dortmund	72,80
29.11.	Spenden am Literaturtisch, Dortmund	70,72
7.12.	O.H. Duisburg	900,00
13.12.	C.H. Westberlin	10,00
16.12.	Gründungsveranstaltung RG Minden	83,00
16.12.	B.B. Rielasingen	16,00
	Gesamt	**1 291,92**

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

PROZESS UM REICHSTAG ZU FLENSBURG GEPLATZT

Betrifft: „Roter Morgen", Nr. 1, vom 7. Januar 1977, Artikel „ „Offen gesagt" Auf dem rechten Auge blind.

Liebe Genossen!

Nach rund dreistündiger Dauer ist vor einigen Tagen vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Flensburg der „Prozeß" gegen die beiden Faschisten Manfred Röder (47) aus Bensheim in Hessen und den Landwirt This Christophersen (58) aus Mohrkirch in Angeln bei Flensburg „geplatzt".

Sie hatten am 23. Mai 1975 in Flensburg den „Reichstag" initiiert, auf dem sie , wie üblich, rassistische Hetze, Hochrufe auf Hitler usw. verbreiteten. Nachdem der „Angeklagte", der frühere Rechtsanwalt Röder, geltend gemacht hatte, daß er nur die erste Seite der „Anklageschrift" erhalten habe, wurde sein Verfahren abgetrennt. Außerdem stellte Röder über seinen Verteidiger Antrag auf Einstellung des „Verfahrens" wegen Verjährung.

Der „Mitangeklagte" Christophersen klagte im weiteren Verlauf der „Verhandlung" plötzlich über starke Kopfschmerzen. Der hinzugezogene Hausarzt des „Angeklagten" konnte die Verhandlungsunfähigkeit Christophersens nicht ausschließen. Das Gericht vertagte die Verhandlung.

Während Demokraten und Kommunisten schon beim Flugblattverteilen, Zeitungsverkauf, Kleben usw. von der Polizei angegriffen werden und von der Klassenjustiz verknackt werden, werden diese Faschisten laufen gelassen und können weiterhin ihre faschistische Jauche kübelweise ausschütten.

An solchen Beispielen sieht man es doch deutlich, wie weit der kapitalistische Staat dem Faschismus zugetan ist. Alles, was ihren Plänen, den Plänen der Imperialisten nach Macht, Unterdrückung der Arbeiterklasse, Welthegemonie usw. dienlich ist, wird geschützt. Diejenigen aber, die dieses Treiben schonungslos aufdecken und entlarven, werden verfolgt und denunziert.

Rot Front!
Ein Genosse aus Hamburg

ETWAIGE NEBENWIRKUNGEN: BRUST– UND UNTERLEIBSKREBS

Liebe Genossen!

Ich mußte meiner Empörung über die Schweinereien, die in der Pharmazie ablaufen, gleich mal in Form eines Leserbriefes Luft machen:

Als mir letztens vom Arzt das Präparat „Eunomin" verschrieben wurde, las ich wie üblich das beiliegende Zettelchen mit der Gebrauchsanweisung durch und glaubte meinen Augen nicht zu trauen, als ich unter „Etwaige Nebenwirkungen" las: teilweiser oder vollständiger Verlust des Sehvermögens, Hervortreten der Augäpfel, Brust- und Unterleibskrebs, Gelbsucht, venöse Verstopfungen usw.

Jetzt frage ich mich, warum ein solches Präparat überhaupt noch auf dem Markt ist und komme zu dem Schluß, daß es wohl bei den anderen Pillen genauso ist, nur, daß es nicht dabei steht.

Dieser Fall zeigt wieder mal ganz deutlich, welches Ziel die Bourgeoisie verfolgt, nämlich nur das eine – Profit zu machen wo es geht, ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben des Menschen!

Rot Front!
Eine Genossin aus Frankfurt

BÜRGERINITIATIVE GEGEN DAS PARKVERBOT IN DER KERNERSTRASSE

Liebe Genossen!

Wir, Bewohner der unteren Kernerstraße, durften bis vor kurzem unsere Autos nicht hier parken. Auf der einen Seite war montags bis freitags Parkverbot, was offensichtlich eine verlängerte Ladezone für die Firma Schauz war, die selbst nach deren Auszug noch geblieben ist. Wegen der einen Firma sollen also hier alle Arbeiter und anderen Werktätigen morgens und abends 5-10 Minuten unnötigen Fußmarsch machen! Auf der anderen Seite sind Parkuhren hauptsächlich wegen des türkischen Konsulats und wegen einiger türkischer Büros, damit die billig wegkommen und keinen eigenen Parkplatz brauchen.

Nachdem Beschwerden von einzelnen nichts halfen, machten wir eine Unterschriftensammlung. Innerhalb weniger Tage wurden 48 Unterschriften gesammelt, d. h. fast alle Familien unterschrieben. Darauf organisierten wir eine Versammlung, um gemeinsam über weitere Schritte zu beraten. Sieben Nachbarn kamen zusammen und beschlossen, am nächsten Tag eine Delegation zum Amt zu schicken. Die Mehrheit kam zu der Ansicht, daß wir keine langen Diskussionen, Überzeugungsversuche usw. mit dem Amt anfangen, sondern unsere Forderungen durch Druck von den Bewohnern durchsetzen, weil ja das Amt nur die Interessen der Behörden und Kapitalisten verteidigt.

Am nächsten Tag gingen dann drei von uns zum Amt. Dies kam mir wenig vor, aber dem Herrn auf dem Amt waren wir schon viel zu viele. Er fiel aus allen Wolken, als er dann auch noch die 48 Unterschriften bekam. Nachdem er sich etwas gefaßt hatte, meinte er schließlich: Einen Anspruch hätten wir sowieso nicht. „Das Konsulat geht vor gegenüber den Bewohnern, das steht fest, das ist so üblich."

Einige andere Nachbarn wollten zur Unterstützung der Forderung noch beim Amt anrufen. Zwölf Tage später wurde uns vom Amt erklärt, die Beseitigung des Parkverbots sei beschlossen. Gleichzeitig soll aber die Entfernung des Verbotsschildes bis zu 1/4 Jahr dauern und solange sollen wir nicht dort parken, was eine Unverschämtheit ist. Nach Erkundigung bei einem Juristen können normalerweise keine Strafgelder mehr verlangt werden, wenn die Beseitigung des Parkverbots schon beschlossen ist. Wir haben einen neuen Rundbrief an alle geschickt mit den Informationen und dem Vorschlag, jetzt sofort hier zu parken und keine Strafbefehle zu zahlen. Daraufhin haben einige dort geparkt, die auch dies Vorgehen und das Mißtrauen gegenüber dem Amt berechtigt finden.

Inzwischen, etwa vier Wochen nach der Zusage vom Amt, ist das Parkverbotsschild beseitigt worden.

Mit revolutionären Grüßen,
eine Genossin aus Stuttgart

PS: Besonders herzlich Grüße an die verfolgten Genossen vom „Roten Morgen"!

Einer aus unserer Straße meinte, als er hörte, daß das Wort „Kapitalistenstaat" verboten werden soll: „Der ‚Rote Morgen' schreibt die Wahrheit. Das sieht doch jeder, daß wir in einem Kapitalistenstaat leben!" Damit gab er mir über 10 DM für die Genossen vom ‚Roten Morgen"!

BUCHBESPRECHUNG ZU J. W. STALIN

Am 7. 1. führte der Buchladen „Roter Morgen" in Frankfurt eine Buchbesprechung zur Stalin-Gesamtausgabe durch, zu der ca. 40 Freunde und Genossen kamen. In einer Tonbildschau wurde die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang" vorgestellt. In zwei Referaten wurde das Werk Stalins propagiert und gegen die Angriffe der Imperialisten und ihrer Agenten, der Revisionisten und Trotzkisten, verteidigt. Besonders wurde der Kampf Stalins für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats hervorgehoben.

In der anschließenden Diskussion wurden die Angriffe anwesender Vertreter der GRF auf Stalin zurückgewiesen. Diese waren bei ihren Angriffen auf Stalin so weit gegangen, die Urteile gegen die Vertreter der fünften Kolonne Hitlers, die auf den Moskauer Prozessen gefällt wurden, zu verurteilen und somit diese Verbrecher in Schutz zu nehmen.

Rot Front, Genossen aus Frankfurt.

Entstanden aus dem Kampf in Brokdorf

Der Kampf in Brokdorf hat Bedeutung über den Tag hinaus – und über den Kreis der unmittelbar am Kampf Beteiligten hinaus. Viele haben in Berichten festgehalten, was sie in Brokdorf erlebten, einige haben es in Form von Gedichten und Liedern versucht. Das folgende Spottlied und die „Brokdorf-Ballade" sind zwei Beispiele dafür.

Spottlied gegen Stoltenberg

Die Herren Kraftwerksbosse, die dachten sich das fein:
Da oben an der Elbe, da sind wir ganz allein,
Da baun' wir das Atomwerk, den Bauern ist's egal,
Wir kaufen ja ihr Land mit Kapital.

**Was kann der Stoltenberg dafür, daß er zu spät kam,
Die Leute in der Wilstermarsch war'n informiert.
Und weil es gleich zur großen Solidarität kam,
Hat sich der Stoltenberg total verkalkuliert.**

Und über Nacht ganz pünktlich, damit es keiner sieht,
Ließ Bautrupps er marschieren und Polizei gleich mit.
Und eine Zonengrenze aus Stacheldrahtverhau –
Die hält den Pöbel fern, so denkt er schlau.

**Was kann der Schnullermund dafür, daß er zu spät kam,
Die Leute in der Wilstermarsch ha'm nicht pariert.
Und weil sie eine feste Solidarität ha'm,
Hat sich der Schnullermund total verspekuliert.**

Den Bauplatz ha'm zweitausend sofort darauf besetzt,
Da hat er Wasserwerfer und Bullen draufgehetzt,
Mit Tränengas und Knüppeln – am nächsten Tag kam er
Und fand heraus: Der Terror – das sind *wir*.

**Was kann der Stoltenberg dafür, daß er zu spät kam,
Die Leute in der Wilstermarsch ham' ihn blamiert.
Weil ihnen Terror nicht die Solidarität nahm,
Hat er sich wiedermal ganz schwer verkalkuliert.**

Der Gerhard ließ Geschosse aus allen Rohren los,
Das Fernseh'n und die Presse, die brachten es ganz groß,
Daß dreißigtausend Rocker die Übeltäter sind,
Und Pfaffen schrein: Gewalt ist eine Sünd!

**Was kann der Stoltenberg dafür, daß er zu spät kam,
Die Fakten haben ihn als Lügner überführt,
Und weil wir uns're feste Solidarität ha'm
Da kann es sein, daß er demnächst den Kopf verliert.**

Da oben an der Elbe fuhr's ihnen ins Genick
Von Kiel bis Wyhl in Aufruhr die schöne Republik.
Sie waren an der Elbe am Ende nicht allein . . .
Und Brokdorf, das soll erst der Anfang sein!

**Nun zittern Stoltenberg und Co., weil sie zu spät kam'n
Und dabei hatten sie schon alles ausprobiert.
Was soll erst werden, wenn die Saat, die sie gesät ham,
Ihnen plötzlich unterm Hintern explodiert?
Ja, wir wissen, daß die Saat, die sie gesät ham,
Ihnen schließlich unterm Hintern explodiert!**

(nach der Melodie: „Was kann der Sigismund dafür , . .")



Einer aus der „ehrenwerten Gesellschaft" derer von Krupp, NWK, HEW und Co.

Brokdorf - Ballade

Brokdorf lag ruhig dort hinter dem Deich
An der Elbe, dem großen Strom;
Der Bauer dort war selten reich
Und seltener noch sein Sohn.
Jedoch, wenn wild die Fluten sprangen,
Dann standen beide mit bleichem Gesicht
Stolz auf dem Deich, vom Sturm umfangen
Und schrien trotzig: „Wir weichen nicht!"

Sie wichen nicht der Naturgewalt;
Sie hielten durch in harter Zeit;
Und mancher faulen Fürstengestalt
Samt ihrer ganzen Gesetzlichkeit
Zeigten sie ihre Bauernhand –
Und waren ganz und gar nicht brav,
Trugen den Aufruhr in das Land
Und schrien zornig: „Lever doot – as Slaav!"

Die Zeit verging – nur wenige blieben
Am Deich – der kapitalistische Schuldenregen
Hat Tausende vom Land vertrieben,
Das nannte man dann „Bauernlegen".
Es wurde still – in Brokdorf an der Elbe;
Sie fuhren zur See – schafften in der Fabrik –
Doch flüsterten sie noch oft dasselbe:
„Denen da oben gehts einst ans Genick!"

Dann kam der Tag, da das Kapital
Krisengeschüttert – auf der Jagd nach Profiten
Mit gieriger Hand sich nach Brokdorf stahl
Ohne die Bauern erst groß zu bitten.
„Ein Kernkraftwerk wird hier gebaut,
Wir zeigen euch, wie man das macht."
Die Bauern dachten: „Nicht so laut –
Denkt nur an Whyl und nun man sacht!"

Eine Herbstesnacht und der Himmel graut,
Was wird im Finstern dort erbaut?
Eine Herbstesnacht und der Morgen dämmert,
Und immer noch wird hastig gehämmert.
Und wie das Licht des Tages naht,
Erblickt es das Lager aus Stacheldraht.
Die Leute stehen mit finstrem Gesicht:
„Oh Mann, das Ding gefällt uns nicht!"

Am Wochenend drauf ist der Platz besetzt,
Tausende sind an der Lagerstelle,
Auf Teppichen wird übergesetzt
Und Zelte sind da für alle Fälle.
Doch plötzlich Pfiffe, Getümmel, Geschrei;
Über Menschenleibern – jagende Reiter,
Reißende Hunde – wild knüppelt die Polizei,
Für uns steht fest: „Wir kämpfen weiter!"

Wir kämpfen weiter – doch solche Gestalten,
Die mit verschämten radikalen Phrasen
Uns nur versuchen, vom Kampf abzuhalten
Und beim Angriff schon zum Rückzug blasen,
Die, wenn es losgeht, die Hände falten
Oder zum Rechtsweg uns zu bekehren
versuchen und dann noch Reden halten –
„Genug! Wir werden uns ohne sie wehren!"

November – Kürzer wurden die Tage –
Die Mauer wuchs aus Stahlbeton
Und vor den Gräben – Lage auf Lage:
NATO-Draht – Der zeugte davon,
Daß nun noch mit Terror gegen die Massen
Kernkraftwerke werden zuwege gebracht.
Wir werden die Kräfte zusammenfassen:
„Am Dreizehnten gibt es eine Schlacht!"

Dreizehnter November – frühe Nebelschwaden
Bedecken noch Stadt und Land.
Im Morgengraun werden Autos beladen,
Dann ruht das Steuer in sicherer Hand.
Auf Straßen, Fähren und Autobahn,
Die Bauern kommen zu Fuß,
Rücken die Dreißigtausend an
Mit solidarischem Gruß.

Dreißigtausend Menschen und mehr
Zerstreut sonst über Stadt und Land –
Ein einziger Wille treibt sie her
Eint sie in ihrem Widerstand.
Und während es den Bauherrn graust,
Weil Tausende zur Baustelle rücken,
Schließt sich um Brokdorf langsam die Faust,
Bereit, das Lager zu zerdrücken.

Abgeriegelt das Gebiet – Straßensperren.
Was soll der Schiet – ihr hohen Herren,
Wir sickern ein wie die schwellende Flut,
Umspülen die Sperren mit steigendem Mut
Und sammeln uns auf dem Gelände.
Wir lassen uns nicht mehr verjagen
Und haben nicht nur leere Hände,
Wie früher schon in Novembertagen.

Und über dem wachsenden Menschenheer
Wehn stolz im Wind die roten Fahnen
Mit Hammer, Sichel und Gewehr:
Den Weg zur Revolution zu bahnen.
Ohne gründliche Vorbereitung,
Ohne Klarheit und Organisation
Fehlt im Kampf die starke Leitung,
Die Richtung weist dem Menschenstrom.

Die Luft – erfüllt mit Hubschrauberlärm,
Fotoapparate, die klicken,
Popen flehen zu ihrem Herrn,
Wir werden uns nicht niederbücken.
Drüben im Lager – Hundgebell,
Hastende Polizisten,
Wie besessen stapeln sie schnell
Mauern aus Tränengaskisten.

Tausende rücken zum Lager vor –
Der Zug mit Helmen sammelt
Sich zum Angriff vor dem Tor,
Das wie eine Festung verrammelt.
Da schießt der erste Wasserstoß
Durchsetzt mit Gas in die Menge,
Tränengasbomben, Geschoß an Geschoß,
Vergiften die Luft im Gedränge.

Was jetzt anhebt ist wie ein Orkan,
Die Ernte jener, die Sturm gesät.
In verseuchter Luft greifen Stoßtrupps an
Und bestürmen den Zaun mit ihrem Gerät.
Die Polizei in Ohnmacht und Wut
Versucht in Gas uns zu ersticken,
Doch fachen sie nur an die Glut,
Die in uns brennt beim Vorwärtsrücken.

In Panik sind die Knüppelbanden:
„Die machen Ernst, die durchbrechen den Zaun!"
Sie schleudern Steine gegen die Demonstranten:
Genosse Bernd wird getroffen am Zaun.
Verwundete werden abtransportiert
Und für jeden, der getroffen wird,
Springt ein neuer in das schlammige Naß:
„Bezahlen werdet ihr Hunde das!"

Stundenlang währt das verbissene Ringen –
Loch auf Loch wird der Zaun durchbohrt
Und aus den hinteren Reihen bringen
Sie Material in einem fort.
Stunden in Nässe und hartem Kampf,
Stunden, die keiner je vergißt,
Durchgestanden in giftigem Dampf,
Stunden der Kraft, die in uns ist.

Dann dunkelte es – es wurde Nacht,
Der Wind schlug plötzlich um
Truppen wurden herangebracht,
Grenzschutz, fragst du, warum?
Die wollten uns in die Zange nehmen
Im Finstern unsere Kräfte lähmen.
Die Tausende zogen geschlossen ab
Zurück blieb nur das Baustellengrab.

Durchs Dunkel der Nacht – nach Wewelsfleth,
Müde, durchnäßt – doch nicht geschlagen.
Ein Satz von Mund zu Munde geht,
Tausende, die ihn weitertragen.
Sie haben sich fest zusammengehakt,
Was sie erlebt, zwingt keinen nieder.
Brokdorf, wer immer das Wort auch sagt,
Der weiß: „Brokdorf, wir kommen wieder!"

Zum 53. Todestag des Genossen Lenin

Lenins Lehren - Siegesbanner im Kampf gegen den Imperialismus

Vor 53 Jahren, am 21. Januar 1924, starb der große Lehrer und Führer des Weltproletariats, Wladimir Iljitsch Lenin, der Schüler und Fortsetzer des Werkes von Marx und Engels, der Begründer des Leninismus, des Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Mit seinem Namen, mit seinen Ideen und seinem Werk sind die hervorragendsten und bedeutendsten Klassenschlachten unseres Jahrhunderts auf engste verknüpft.

Eines der größten historischen Verdienste Lenins war, daß er bei der Entwicklung der revolutionären Lehre des Proletariats auf der Grundlage des Marxismus die Entwicklung des Kapitalismus gründlich analysierte und die Lehre über den Imperialismus erarbeitete.

In zahlreichen Werken und vor allem in seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" betonte Lenin, daß der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist, der Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats aufs unermeßliche verschärft, der Raubkriege vom Zaun bricht, um die Welt, die Kolonien und Einflußbereiche neu aufzuteilen, daß er die Herrschaft des Finanzkapitals ist. In seiner Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" schreibt Stalin: *„Lenin bezeichnete den Imperialismus als ‚sterbenden Kapitalismus'. Weshalb? Deshalb, weil der Imperialismus die Widersprüche des Kapitalismus bis zum höchsten Grad, bis zu den äußersten Grenzen steigert, jenseits deren die Revolution beginnt."* Lenin wies nach, daß der Imperialismus die proletarische Revolution nicht nur möglich, sondern für das Proletariat zur praktischen Notwendigkeit macht, und mehr noch, daß er für den unmittelbaren Sturm auf die Festungen des Kapitalismus günstige Bedingungen schuf, indem er die Hunderte Millionen zählenden, vom Imperialismus unterjochten Völker zu Reserven der proletarischen Weltrevolution machte. Auf dieser Grundlage entwickelte Lenin die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution weiter.

Die Haltung zu Lenins Lehre über den Imperialismus, die er im Kampf gegen die Opportunisten der II. Internationale schuf, ist auch heute eine Scheidelinie, die die modernen Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen von den Marxisten-Leninisten trennt. Die immer tiefere allgemeine Krise des imperialistischen Systems, der erste wie der zweite Weltkrieg, die eine Ausgeburt des Imperialismus waren, die gewaltigen Klassenschlachten des Proletariats, die Oktoberrevolution, die Revolution in China, die revolutionären Erhebungen infolge des zweiten Weltkrieges, die Errichtung des Sozialismus in vielen Ländern Osteuropas, die gewaltigen revolutionären Stürme der unterdrückten Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – all dies hat die Lehre Lenins über den Imperialismus aufs beste bestätigt. Doch die Opportunisten und Revisionisten haben immer wieder versucht, Lenins Lehre für „ungültig" zu erklären, sie zu verfälschen und sie ihres revolutionären Inhalts zu berauben, um das Proletariat von der Revolution abzuhalten und ihm damit den einzigen Ausweg aus der Lohnsklaverei zu versperren.

Nach dem Tod von Lenin und Stalin, der Lenins Werk würdig fortsetzte und seine Lehre weiterentwickelt und bereichert hat, erhoben die modernen Revisionisten, an ihrer Spitze die Sowjetrevisionisten, ein großes Geschrei, daß die allgemeinen Bedingungen des Kampfes für den Sozialismus, die Lage in der Welt sich so grundlegend gewandelt hätten, daß die Lehren von Marx, Engels und Lenin nicht mehr ihre vollständige Gültigkeit besäßen. Stalin verdammten sie von vornherein.

Die modernen Revisionisten haben den Leninismus vollständig verraten

Tatsächlich haben seit dem Tode Lenins große Veränderungen in der Welt stattgefunden, Veränderungen jedoch, die die Leninsche Analyse des Imperialismus bestätigen. Die neuen Entwicklungen in der kapitalistischen Welt, wie z. B. die immer stärkere Entwicklung des Staatsmonopolismus im Kapitalismus, haben weder den ausbeuterischen Kern des Kapitalismus noch den Klassencharakter des heutigen bürgerlichen Staates, noch die Widersprüche, die das kapitalistische System von innen und außen her zerfressen, beseitigt. Die Veränderungen in der Welt dienten den modernen Revisionisten mit den Sowjetrevisionisten an der Spitze lediglich als Vorwand, um den Marxismus-Leninismus über Bord zu werfen, die grundlegenden Widersprüche in der Welt und ihren antagonistischen Charakter zu verwischen, sich mit dem Imperialismus zu versöhnen und zu vereinigen. Sie verwarfen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, verurteilten den Klassenkampf, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats und ersetzten sie durch ihre antimarxistischen Auffassungen über die Klassenzusammenarbeit und die friedliche Koexistenz, durch die Reformen innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

Mit den Sowjetrevisionisten geschah dabei das, was Lenin über die opportunistischen Führer der II. Internationale gesagt hatte: Sie wandelten sich zu Sozialchauvinisten und Sozialimperialisten. Der innenpolitische revisionistische Kurs zur Wiederherstellung des Kapitalismus mußte ein so großes Land wie die Sowjetunion notwendigerweise zur Wiederbelebung der großrussischen Außenpolitik der alten Kremlzaren führen. Aus der sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins, dem Bollwerk der Weltrevolution, wurde ein Bollwerk der internationalen Konterrevolution, eine sozialimperialistische Supermacht, die zusammen mit der anderen Supermacht, dem USA-Imperialismus, zum Hauptfeind der Völker der Welt geworden ist.

Doch den Chruschtschow-Breschnew-Revisionisten und ihren Gefolgsleuten gelang es nicht, die Lehren Lenins vom Kampf des Proletariats zu trennen, den Leninsmus zu bezwingen. In einer gewaltigen ideologischen Schlacht haben die KP Chinas unter der Führung des Genossen Mao Tsetung und die Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung des Genossen Enver Hoxha gemeinsam mit allen aufrechten Marxisten-Leninisten den Marxismus-Leninismus gegen die Chruschtschow-Revisionisten verteidigt. Sie haben nachgewiesen, daß weder der Imperialismus seinen Charakter gewandelt noch der Leninismus seine Gültigkeit verloren hat, sondern daß Chruschtschow und Breschnew Revisionisten und Renegaten sind, die das Ziel verfolgen, den Imperialismus, die Lohnsklaverei zu verewigen.

Der Verrat der modernen Revisionisten war zwar einerseits ein schwerer Schlag gegen das internationale Proletariat und den Kampf der unterdrückten Völker, zugleich aber sind im Kampf gegen den revisionistischen Verrat dem Proletariat neue Kräfte erwachsen und die wahren Marxisten-Leninisten schmiedeten in diesem Kampf eine tiefgehende Einheit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die sich von Tag zu Tag immer mehr festigt und die zunehmend erstarkt. Die modernen Revisionisten mit den Sowjetrevisionisten an der Spitze vermochten nicht, dem Leninismus den Untergang zu bereiten, sondern ihre Abkehr vom Leninismus, ihre vollständige Entartung, ihre Vereinigung mit dem Imperialismus hat sie selbst zum Untergang verurteilt. Heute, keine 25 Jahre nach ihrem schändlichen Verrat, sind die modernen Revisionisten überall auf der Welt gebrandmarkt und erleiden Niederlage auf Niederlage. Während sich die Einheit der Marxisten-Leninisten immer mehr festigt, ist ihr Lager von inneren Widersprüchen zerfressen, Zersetzung und Zerfall kennzeichnen immer deutlicher ihre Lage. Und es sind heute schon Abermillionen Menschen, die sich im Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus und seine Weltherrschaftspläne erhoben haben. Was beweist besser, daß der Leninismus das Banner des Sieges ist, während der Verrat am Leninismus schändlichen Untergang bedeutet?

Die Sozialchauvinisten revidieren Lenins Lehre über den imperialistischen Krieg

Doch nicht nur die modernen Revisionisten vom Schlage Breschnews, Berlinguers, Marchais und Mies sind Feinde des Leninismus, auch unter den Kräften, die sich Marxisten-Leninisten nennen und von sich behaupten, gegen den modernen Revisionismus zu kämpfen, gibt es verschiedenste opportunistische Strömungen, die Lenins Lehren über den Imperialismus zu verfälschen suchen und seine Theorie und Taktik der proletarischen Revolution einer Revision unterziehen wollen. Besonders in den letzten zwei Jahren macht sich eine internationale opportunistische Strömung breit, die unter der Fahne des Kampfes gegen die Kriegsgefahr zur Kapitulation vor dem Imperialismus aufruft.

Diese Opportunisten haben mit den modernen Revisionisten gemein, daß sie sich stets als Bannerträger des Friedens, als entschlossene Kriegsgegner aufspielen, als Retter der Menschheit. Dabei gehen sie zugleich gegen all diejenigen vor, die den Marxismus-Leninismus, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution verteidigen und diffamieren diese als „ultra-links" und als „Abenteurer". Nicht anders als die modernen Revisionisten schreien sie so laut von der Kriegsgefahr, um ihre opportunistischen und antileninistischen Theorien zu rechtfertigen.

Sie sagen, nicht die proletarische Revolution stünde jetzt auf der Tagesordnung, sondern der Kampf des Proletariats und der Völker der Welt müsse sich heute in allen Ländern vor allem gegen den russischen Sozialimperialismus richten, da er die Welt mit einem neuen Weltkrieg bedrohe. Tatsächlich droht ein neuer imperialistischer Weltkrieg. Doch er droht nicht, weil die neuen Zaren im Kreml wild geworden sind, sondern er ist die Folge des Ringens der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion samt ihrer Bündnisse um die imperialistische Weltherrschaft. Die Opportunisten aber leugnen, daß dieser Krieg Resultat des imperialistischen Systems ist, das es niederzuschlagen gilt, wenn sie den russischen Sozialimperialismus als den „Angreifer", den US-Imperialismus und mit ihm die Mitgliedsländer seines aggressiven NATO-Blocks als „Verteidiger" hinstellen. Denn für das Proletariat gibt es gemäß der Lehre Lenins in einem imperialistischen Krieg keine gerechte Seite. Diese Opportunisten aber gehen sogar soweit, die reaktionärsten und militaristischsten Kreise des US-Imperialismus bei ihren Kriegsvorbereitungen anzuspornen und machen sich lauthals Sorgen, er könnte in seiner „Verteidigungsbereitschaft" ins Hintertreffen geraten. Ganz besondere und unverhüllte Sympathie hegen diese Opportunisten für die übrigen imperialistischen Großmächte, wie zum Beispiel für den westdeutschen Imperialismus, den britischen und französischen Imperialismus usw., die sie in Appellen an deren imperialistische Regierungen auffordern, sich eng zusammenzuschließen gegen den „gemeinsamen Feind". Vom Proletariat dieser Länder verlangen sie, daß es sich an die Seite seiner Bourgeoisie stellt, die proletarische Revolution aufgibt und die „gemeinsamen Interessen", die Herrschaftsinteressen „ihrer" Imperialisten verteidigen. Es ist offenbar, daß diese sozialchauvinistischen Opportunisten nicht anders als die Kautsky und Bernstein, gegen die bereits Lenin einen schonungslosen Kampf geführt hat, in das Lager des Imperialismus übergelaufen sind. Mit der Lehre Lenins jedenfalls, mit dem marxistisch-leninistischen Standpunkt zum imperialistischen Krieg, hat das nichts zu tun.

„Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist", sagt Lenin, *„argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ‚Feind' steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. Ist der Krieg ein reaktionärer, imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, der von zwei Mächtegruppen der imperialistischen, gewalttätigen, raubsüchtigen, reaktionären Weltbourgeoisie geführt wird, so macht sich jede Bourgeoisie (sogar die eines kleinen Landes) der Mittäterschaft am Raub schuldig, und meine Aufgabe, die Aufgabe eines Vertreters des revolutionären Proletariats, ist es dann, die proletarische Weltrevolution vorzubereiten als einzige Rettung vor den Schrecken des Weltgemetzels. Nicht vom Standpunkt ‚meines' Landes darf ich urteilen (denn so urteilt nur ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution."*

In dem drohenden imperialistischen Krieg, wie auch bei seiner Vorbereitung durch die Imperialisten sich auf die eine Seite, die Seite des russischen Sozialimperialismus zu schlagen, wie das vor allem die modernen Revisionisten tun, oder aber den US-Imperialismus und seinen NATO-Kriegsblock zu unterstützen, wie es diese neue Spielart des Opportunismus tut, bedeutet gleichermaßen Schützenhilfe für den Imperialismus, bedeutet Verrat an den Interessen und am Kampf des Proletariats und aller revolutionären Völker. Denn das eine wie das andere läuft darauf hinaus, nicht etwa gemäß der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" zur Weltrevolution aufzurufen, sondern das internationale Proletariat zu spalten; das Proletariat unter der Herrschaft des einen imperialistischen Blocks gegen das unter der Herrschaft des anderen auf die Schlachtbank des imperialistischen Krieges zu führen. Genau das ist die Spaltung des internationalen Proletariats, die die imperialistische Weltbourgeoisie wünscht und die es ihr möglich machen soll, den Krieg vom Zaun zu brechen.

Daß diese antileninistische Strömung durch und durch sozialchauvinistisch ist, dafür ist die Theorie und Praxis der Gruppe Rote Fahne in Westdeutschland ein prägnantes Beispiel. Um die westdeutschen Imperialisten vor der proletarischen Revolution zu schützen, haben sie sogar eine neue Definition des proletarischen Internationalismus getroffen, die nur noch eine lächerliche Karikatur auf den Marxismus-Leninismus ist. Danach besteht der proletarische Internationalismus nicht, wie Lenin es feststellte, in erster Linie darin, daß die Bourgeoisie, daß der Imperialismus im eigenen Land gestürzt wird, sondern im Gegenteil: ihr „wahrer Internationalismus" ist, wenn man auf die Revolution im eigenen Land verzichtet und mit der eigenen Bourgeoisie gegen den russischen Sozialimperialismus zu Felde ziehen würde – das würde den Völkern nützen. Es ist ein durch und durch verlogener Standpunkt, der so wenig proletarisch wie internationalistisch ist, vielmehr einzig und allein dem westdeutschen Imperialismus dient. Wieso sollte es den Völkern der Welt denn nützen, wenn der westdeutsche Imperialismus, der nach den beiden imperialistischen Supermächten einer ihrer übelsten Ausbeuter ist, vom westdeutschen Proletariat geschont wird? Dies nützt allein den westdeutschen Imperialisten. Tatsächlich haben diese Sozialchauvinisten auch nicht im geringsten im Sinn, dem revolutionären Kampf der Völker gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion Unterstützung zu gewähren. Daß sie vielmehr den Standpunkt der westdeutschen Imperialisten einnehmen, zeigt sich allein schon darin, daß sie die Ausbeutung und Ausplünderung der unterdrückten Völker und Nationen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens durch den westdeutschen Imperialismus liebevoll und beschönigend „Dialog" nennen und die westdeutschen Imperialisten sogar noch auffordern, diesen „Dialog" zu verstärken.

Hier zeigt sich in aller Offenheit: Wer die proletarische Revolution im eigenen Land sabotiert, sie nicht als Hauptaufgabe im Kampf gegen den imperialistischen Krieg anpackt, der ist *„kein Sozialist, kein revolutionärer Proletarier, kein Internationalist"*, sondern ein *„nationalistischer Spießer"*.

Lenins Lehre und Werk sind unvergänglich

Die verschiedensten Angriffe der modernen Revisionisten und der Opportunisten aller Schattierungen auf Lenins großartige Lehren über den Imperialismus sowie auf sein ganzes Werk, die darauf abzielen, dem Proletariat das Banner des Sieges in seinem Kampf aus der Hand zu schlagen, sind der klarste Beweis für Lenins Feststellung: *„Wenn der Kampf gegen den Imperialismus nicht eng mit dem Kampf gegen den Opportunismus verbunden wird, so wird er zu einer leeren und falschen Phrase ... Ohne diesen entschlossenen und unbarmherzigen Kampf kann keine Rede sein von einem Kampf gegen den Imperialismus, und auch nicht vom Marxismus und von der sozialistischen Arbeiterbewegung ..."*

Unsere Partei ist entstanden im Kampf gegen die modernen Revisionisten zur Verteidigung der Lehre und des Werks von Lenin. Sie hat gegen den revisionistischen Verrat das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin fest ergriffen und führt es im Kampf voran. Wenn wir Kommunisten des 53. Todestages Lenins gedenken, so sind wir stolz auf den leninistischen Weg, den wir gegangen sind, auf die Erfolge, die wir in den acht Jahren seit Gründung unserer Partei unter dem Banner des Leninismus erreicht haben. Wir werden gegen alle Angriffe der modernen Revisionisten und jeglicher Opportunisten auf diesem Weg weitermarschieren, mit noch größerem Vertrauen in die unsterblichen Lehren Lenins, vorwärts zur sozialistischen Revolution, vorwärts zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland, vorwärts zur Weltrevolution.

Aus aller Welt

ALBANIEN

Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Ramiz Alia, empfing eine Delegation der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML, die sich einige Tage zu einem Freundschaftsbesuch in Albanien aufhielt. Zwischen Genossen Ramiz Alia und der Delegation der KP Kolumbiens/ML fanden Gespräche in einer kameradschaftlichen und herzlichen Atmosphäre statt. Die Gespräche zeigten eine vollständige Einheit des Denkens in allen diskutierten Fragen. Sie waren vom Geist der brüderlichen Zusammenarbeit und des proletarischen Internationalismus gekennzeichnet.

ENGLAND

Der Abgesandte der britischen Imperialisten, Richards, beendete vor kurzem seine Reise nach Südafrika und Rhodesien. Während seines Aufenthaltes dort hatte der britische Vertreter eine Anzahl Treffen mit Vorster und Smith. Vor einiger Zeit waren auch einige Vertreter des US-Imperialismus in Südafrika. Das Hin und Her der amerikanischen oder englischen Abgesandten, die zahlreichen Besprechungen mit den Rassisten finden zu einer Zeit statt, da der Kampf der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe stärker denn je ist. Um den Kampf niederzuzwingen, haben die Imperialisten und Rassisten verschiedene Komplotte geschmiedet, wie z. B. die sogenannte Genfer Rhodesienkonferenz. Die jüngste Mission Richards in Südafrika soll die Genfer Konferenz wieder in Gang bringen. Doch auch dieses Komplott wird das Schicksal der früheren erleiden. Die Völker Afrikas sind, wie auch die Führer der nationalen Befreiungsbewegungen in letzter Zeit erklärten, entschlossen zu kämpfen und sich bewußt, daß der einzige Weg, um die Freiheit zu erringen, der kompromißlose Kampf ist.

SÜDAFRIKA

Trotz der brutalen Gewalt erweitert sich in ganz Südafrika der Widerstand der breiten Volksmassen gegen das Rassistenregime. Entschlossen setzen die Studenten der verschiedenen Städte des Landes den Widerstand fort, wie die von Kapstadt, Guguletu, Johannesburg, Soweto und anderen. In den letzten Tagen bekundeten die streikenden Studenten ihre Entschlossenheit, den Vorlesungsboykott fortzusetzen, bis alle ihre Forderungen erfüllt sind. Dem Kampf der Studenten und der Schüler der Grundschulen haben sich auch die Lehrer angeschlossen. Ihr entschlossener Kampf hat auch die Unterstützung der werktätigen Massen gefunden, die aus Solidarität mit ihnen in mehreren Fällen Streiks und Demonstrationen durchgeführt haben.

OSTTIMOR

In Osttimor verstärkt sich der Widerstand des Volkes noch mehr, obwohl die indonesischen Aggressoren dort etwa 40 000 Mann Truppen stationiert haben. Die Aggressoren ernten ständig die bitteren Früchte ihrer militärischen und politischen Niederlagen. Etwa 80% des Landes befinden sich unter der Kontrolle der Befreiungskräfte von Osttimor. Seit dem sogenannten „Anschluß von Osttimor" an Djakarta befreiten die bewaffneten Befreiungskräfte 15 Städte und Dörfer und brachten den Aggressoren große Verluste bei. Auch in den letzten Tagen des alten Jahres setzten die Befreiungskräfte von Osttimor ihre Angriffe gegen die indonesischen Besatzer fort. Am 12. Dezember töteten sie z. B. bei einem Angriff in Las Palos über 100 indonesische Soldaten, etwa 100 weitere töteten sie in der Nähe des Dorfes Samara, das zwischen den Städten Menjanes und Ermora liegt.

ALBANIEN

In der Zeitung „Luftetari", Zentralorgan des Ministeriums für Volksverteidigung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, wird einem Artikel ein bedeutender Platz eingeräumt, in dem die Bundeswehr als eine imperialistische Armee und als Mittel zur Verwirklichung der revanchistischen Träume der westdeutschen Bourgeoisie entlarvt wird. „Luftetari" hebt nicht nur das wachsende aggressive Potential der Bundeswehr hervor, sondern betont auch, daß sie in ihrer täglichen Tätigkeit von der Nazi-Ideologie inspiriert wird, die im Leben der Bundeswehr einen bedeutenden Raum einnimmt.

PORTUGAL

In Portugal ist die erste Ausgabe von „Juventude Revolucionaria" (Revolutionäre Jugend), dem Zentralorgan des von der PCP (R) geleiteten „Verbandes der Kommunistischen Revolutionären Jugend", erschienen.



ALBANIEN

Am 11. Januar feierte das albanische Volk den 31. Jahrestag der Proklamation der Volksrepublik Albanien, heute Sozialistische Volksrepublik Albanien. Das albanische Volk feierte den 11. Januar in einer Atmosphäre großer politischer Begeisterung und revolutionären Schwungs, die überall in Albanien herrschen, um die historischen Beschlüsse des 7. Parteitages zu verwirklichen. Aus Anlaß des Feiertages organisierten das Zentralkomitee der PAA, das Präsidium der Volksversammlung der SVR Albanien, der Generalrat der Demokratischen Front und das Bezirksparteikomitee Tirana am Abend des 10. Januar im Saal des Opern- und Ballett-Theaters der Hauptstadt eine feierliche Versammlung. Auf der Versammlung anwesend waren der Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung der SVR Albanien, Haxhi Lleshi, das Mitglied des Politbüros des ZK und 1. Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Adil Carcani und andere Genossen. Die Ansprache hielt das Mitglied des Politbüros des ZK der PAA und Stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums der Volksversammlung der SVR Albanien, Spiro Koleka.

Die VR China ehrt das Andenken des Genossen Tschou En-lai

Zu Ehren des am 8. Januar des vergangenen Jahres verstorbenen Premierministers Tschou En-lai fanden in diesen Tagen in der VR China zahlreiche Gedenkfeiern statt, in denen sein Andenken geehrt wurde. Solche Feiern fanden in Peking und in vielen anderen Orten Chinas statt. Aus Anlaß des ersten Todestages kam auch der Film „Ewiger Ruhm dem geachteten und geliebten Premierminister Tschou En-lai" zur Aufführung, der einen Überblick über das Leben Tschou En-lais im Dienst der Revolution gibt und Szenen über die Trauerfeierlichkeiten im vergangenen Jahr enthält. Aus Anlaß des ersten Todestages des Genossen Tschou En-lai wurden in den verschiedenen Zeitungen des Landes Artikel, Fotografien, Gedichte und Reportagen veröffentlicht, die seinem Leben und seiner Tätigkeit gewidmet sind.



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità



Iran



PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS!

Island

Die Werktätigen verteidigen ihre Lebensinteressen

In dieser Ausgabe des „Roten Morgen" setzen wir unsere Artikelserie über die Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in den nordischen Ländern und die Arbeit der marxistisch-leninistischen Parteien und Parteiaufbauorganisationen fort. Nach dem Bericht über Schweden im „Roten Morgen" Nr. 40/76 folgt jetzt ein Bericht über Island und den Kommunistischen Einheitsbund Islands/Marxisten-Leninisten (EIK/ML).

Mit dem Fischfang und der Arbeit in der fischverarbeitenden Industrie bestreitet der größte Teil der isländischen Werktätigen seinen Lebensunterhalt. Das Leben der Fischer, der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fischfabriken ist hart. Zwei kapitalistische Monopole kontrollieren die gesamte Fischindustrie des Landes, die insgesamt 80% der isländischen Wirtschaft ausmacht. Die kapitalistischen Ausbeuter zwingen den Fischern auf See einen Arbeitsrhythmus von acht Stunden Arbeit, drei Stunden Schlaf, acht Stunden Arbeit usw. auf. Für die Arbeit in der Fischfabriken werden Hungerlöhne bezahlt. Obwohl nach einem offiziellen Index das notwendige Monatseinkommen mindestens 125 000 Kronen betragen muß, bekommen die Arbeiter im Hafen nur 72 000, die Frauen und Mädchen sogar nur 50-60 000 Kronen im Monat. Zugleich hat die isländische Bourgeoisie auch den ausländischen imperialistischen Monopolen Tür und Tor geöffnet. Amerikanische und norwegische Konzerne kontrollieren die Schiffs-, Zement-, Chemie- und Metallindustrie. Eine Inflationsrate von 50%, wachsende Arbeitslosigkeit, verringerte öffentliche Ausgaben und ein Lohnstopp, dem die Bonzen der reformistischen Gewerkschaften ihre Zustimmung gegeben haben, vervollständigen das Bild.



In Island herrscht die Bourgeoisie

„Doch die volksfeindlichen Angriffe der Monopole", betont die „Arbeiterzeitung" (Verkalydsbladid), das Organ des EIK/ML, „haben die Klassenwidersprüche im Land verschärft. Der Kampf der werktätigen Massen Islands hat sich verschärft, und ihr politisches Bewußtsein hat sich erhöht." Seit seiner Gründung im Januar 1975 hat sich der EIK/ML immer an den Kämpfen der werktätigen Massen beteiligt und sie unterstützt, die revisionistischen und reformistischen Verräter bekämpft und die isländische Arbeiterklasse im Geist des revolutionären Kampfes für die gewaltsame sozialistische Revolution erzogen. Der 2. Kongreß des EIK/ML im Januar 1976 erklärte unmißverständlich, daß in Island die Bourgeoisie herrscht. Nur die gewaltsame sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Island und der Aufbau des Sozialismus werden das isländische Volk frei und unabhängig machen. Nur so können alle die schwierigen Aufgaben und Probleme gelöst werden, die vor den werktätigen Massen des Landes stehen. Damit verteidigte der EIK/ML den Marxismus-Leninismus gegen den Verrat der isländischen Revisionisten, die die Werktätigen offen zum Pakt mit der Bourgeoisie aufrufen, weil Island angeblich ein halbkolonialistisches Land sei, daß sich erst einmal ökonomisch entwickeln müsse. Die modernen Revisionisten wurden von der Bourgeoisie für ihren Verrat sogar mehrmals mit der Beteiligung an der Regierung belohnt. „Unter der verlogenen Maske des Sozialismus und der Verteidigung der nationalen Interessen sind diese Lakaien der Monopolbourgeoisie zur Verteidigung des kapitalistischen Staates angetreten, um die Ausbeuter vor der Krise zu retten. Die revisionistische Partei ist gegen den revolutionären Weg und gegen den Klassenkampf, sie verteidigt den ‚friedlichen' und ‚harmonischen' Weg zu einer erweiterten multilateralen Demokratie, die angeblich im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus möglich ist."

Aber weder die Bourgeoisie noch ihre Lakaien vermochten es, den Kampf der werktätigen Massen gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen zu unterdrücken. In letzter Zeit fanden viele Streiks statt, so der Streik der Fischer, die Protestbewegung der Werktätigen in den staatlichen Einrichtungen für das Recht auf Streik, die Bewegung der Studenten gegen die Erhöhung der Studienkosten und andere. Von besonderer Bedeutung waren die illegalen Streiks der jungen Arbeiter auf den Werften von Akureyri und der Arbeiterinnen in den Fischfabriken von Akranes, in denen die Arbeiter und Arbeiterinnen den reformistischen Gewerkschaftsbonzen eine klare Absage erteilten. Alle diese Kämpfe der Werktätigen wurden vom EIK/ML unterstützt, der dadurch zugleich seine Verbindungen zu den Massen festigen und erweitern konnte. Dies zeigte sich auch im Kampf der Milchfrauen gegen die Schließung der kleinen Milchläden durch die Monopole, der vom EIK/ML ins Leben gerufen wurde, und an dessen Spitze er gestanden hat.

Nieder mit dem Nato-Stützpunkt und den imperialistischen Raubfischern

Neben der Entlarvung der arbeiterfeindlichen Politik der Bourgeoisie führen die isländischen Marxisten-Leninisten einen entschlossenen Kampf, um die nationale Souveränität gegen die Raubpolitik der Imperialisten zu verteidigen. Schon seit langem plündern die Fischfangflotten der imperialistischen Mächte die Fischbestände in den isländischen Gewässern. Zu den größten Räubern gehören die britischen und westdeutschen Konzerne und die sowjetischen Sozialimperialisten. Immer wieder haben sich die isländischen Werktätigen zum Kampf gegen die imperialistischen Seepiraten erhoben. Unter ihrem Druck sah sich die isländische Regierung im vergangenen Jahr gezwungen, die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone zu errichten. Vor allem die britischen Imperialisten antworteten darauf mit offenem Druck und militärischen Provokationen. Mit der Unterstützung des amerikanischen Imperialismus und der Nato und dem stillen Einverständnis des sowjetischen Sozialimperialismus versuchten sie mit allen Mitteln, diese Wirtschaftszone zu verhindern. Die isländischen Werktätigen ließen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern erhoben sich entschlossen zum Kampf. Sie kämpften gegen die Aggressionspolitik des britischen Imperialismus und richteten die Speerspitze ihrer Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus und den von ihm beherrschten aggressiven Nato-Pakt, dessen Mitglied Island ist. Der amerikanische Stützpunkt in Keflavik und die 3 000 in Island stationierten amerikanischen Soldaten wurden von den Imperialisten benutzt, um das Volk einzuschüchtern. Die Antwort darauf waren große Demonstrationen und die vollständige Blockade des Stützpunktes Keflavik durch die empörten Massen. Am 15. Mai 1976 marschierten 13-15 000 Menschen von Reykjavik nach Keflavik. Sie riefen Parolen gegen den britischen Imperialismus, den amerikanischen Imperialismus und die Nato. Die Marxisten-Leninisten riefen während der Demonstration die Massen dazu auf, den Kampf gegen den Imperialismus bis zu Ende zu führen und gleichzeitig die Wachsamkeit vor dem sowjetischen Sozialimperialismus zu erhöhen, der Island ebenfalls mit Aggression und Krieg bedroht.



Demonstration gegen die Stationierung von Nato-Truppen in Island.

Auf der Abschlußkundgebung der Demonstration sprach, als einer von drei Rednern, auch ein Genosse des EIK/ML. Die „Arbeiterzeitung" schrieb kurze Zeit darauf: „Den meisten ist es klar, daß der Aktion am 15. Mai die Gründung einer Interessenorganisation nachfolgen sollte. Der Kampf muß weitergeführt werden. Eines darf man nicht vergessen. ‚Volkswille' (die Zeitung der Revisionisten — RM) sagte zum Marsch am 15. Mai, daß die Küstenwacht-Schiffe das Verteidigungsheer Islands seien. Das ist grundfalsch. **Die isländischen Werktätigen dürfen im antiimperialistischen Kampf nicht auf die Machtmaschinen der Bourgeoisie vertrauen.** Die Seeleute der Küstenwacht sind unsere Kampfesbrüder, nicht aber die Küstenwacht als solche. Das arbeitende Volk kann sich im Kampf gegen Übergriffe und Invasion nur auf die eigenen Kräfte verlassen und der Erfolg kann nur durch die Führerschaft der Arbeiterklasse erreicht werden. Im Krieg oder beim Versuch der Machtübernahme in Island gibt es nur einen Verteidiger — die Arbeiterklasse unter eigener Führung — und nicht den Staat; nur einen Weg der Verteidigung — Volkskrieg."

Das isländische Volk wird auch in der Zukunft seinen Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und den Imperialismus verstärken, um ihre Herrschaft zu stürzen. Geführt von seiner marxistisch-leninistischen Vorhut wird es nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie durch die gewaltsame sozialistische Revolution ein freies und unabhängiges sozialistisches Island aufbauen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Faschistisches Regime in Brasilien

Abscheulicher Mord an drei Genossen

Das faschistische Geisel-Regime in Brasilien hat die Führer der Kommunistischen Partei Brasiliens, die Genossen Pedro Pomar, Angelo Arroyo und Joao Drumond ermordet. Aus diesem Anlaß sendete Radio Tirana vor kurzem eine Würdigung des Kampfes der ermordeten Revolutionäre und der Kommunistischen Partei Brasiliens, in der es unter anderem heißt:

„Der Mord an den Führern der Kommunistischen Partei Brasiliens ist ein neues abscheuliches Verbrechen der brasilianischen faschistischen Militärdiktatur, das die Herzen der wahren Revolutionäre und Marxisten-Leninisten, die Herzen aller Proletarier der Welt mit Zorn und tiefer Empörung erfüllt hat. Dieser banditenhafte Akt enthüllt die blutrünstige und verbrecherische Natur des verhaßten faschistischen Regimes Brasiliens, das eines der barbarischsten Regime in der heutigen Zeit und ein Werkzeug des USA-Imperialismus ist.

Die faschistischen Generäle wollen mit dem Mord an den Führern der Kommunistischen Partei Brasiliens die revolutionäre Vorhut der brasilianischen Arbeiterklasse und des ganzen brasilianischen Volkes, die Kommunistische Partei Brasiliens, schwer treffen. Sie wollen die breite Bewegung des Volkswiderstandes in Brasilien treffen. Die faschistischen Generäle, die 1964 die Macht ergriffen, foltern und ermorden die besten Söhne und Töchter des brasilianischen Volkes. Sie verüben die ungeheuerlichsten Verbrechen in dem vergeblichen Bemühen, den Kampf des Volkes gegen die Diktatur auszulöschen.

Die zwölf Jahre Despotenherrschaft des Militärregimes sind eine Zeit aufeinanderfolgender Verbrechen, und an den Händen der faschistischen Generäle klebt das Blut des Volkes. Doch die Morde, Folterungen, Einkerkerungen, Festnahmen, Verfolgungen und die gesamten Mittel des Terrors haben den Willen und Widerstand des brasilianischen Volkes niemals gebrochen. Geführt von der Kommunistischen Partei Brasiliens bekundet es von Tag zu Tag nachdrücklicher seinen Widerstand und antifaschistischen Kampf.

Die Kommunistische Partei Brasiliens, die das Banner der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit hochhält und die die Bestrebungen des ganzen brasilianischen Volkes ausdrückt, ist der wichtigste Kern des Volkswiderstandes. Deswegen erzittert auch das blutrünstige faschistische Regime vor der Kommunistischen Partei Brasiliens, der revolutionären Vorhut der brasilianischen Arbeiterklasse und des brasilianischen Volkes und hat Angst vor ihr. Deswegen hat es auch seine Hauptschläge gegen sie gerichtet. Indem das Faschistenregime mit den barbarischsten Mitteln der Unterdrückung und des Terrors vorgeht, indem es die Mitglieder der Kommunistischen Partei Brasiliens ermordet und einkerkert, versucht es, den revolutionären Schwung der Marxisten-Leninisten aufzuhalten und die Kommunistische Partei Brasiliens an der Leitung des Volkswiderstandes zu hindern.

Aber wie alle reaktionären Regime und Kräfte verrechnet sich auch das faschistische brasilianische Regime. Die Kommunistische Partei Brasiliens ist eine revolutionäre Partei, die große Traditionen im Kampf gegen die faschistische Ausbeutung und Unterdrückung hat, aus deren Reihen zahllose Helden hervorgegangen sind, die im Kampf gegen die Diktatur gefallen sind. Der Mord an den Führern Pedro Pomar, Angelo Arroyo und Joao Drumond ist ein schwerer Verlust für die Kommunistische Partei Brasiliens. Doch wird sie den Schmerz in Kraft zu verwandeln verstehen. Sie wird sich mit noch größerem Nachdruck und noch stärkerem Haß in den Kampf gegen die Diktatur werfen, um das brasilianische Volk noch mehr zu mobilisieren. Die drei Führer der Partei fielen unter den Kugeln der faschistischen Henker. Doch ihren Platz werden Tausende andere einnehmen, die sich zu den Freiheitskämpfern einreihen und das hohe Ideal der Revolution weitertragen werden. **Die Revolution ist unbezwingbar. Die marxistisch-leninistische Partei ist unbezwingbar. Das Volk ist unbezwingbar, und keine imperialistische oder sozialimperialistische faschistische Diktatur wird imstande sein, den Vormarsch der Revolution aufzuhalten.**

Auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens sagte Genosse Enver Hoxha, als er mit tiefster Achtung das Andenken der marxistisch-leninistischen Revolutionäre aus verschiedenen Ländern ehrte, die im Kampf gegen die blutrünstige Bourgeoisie und die Reaktion gefallen waren:

‚Viele hervorragende Kämpfer der marxistisch-leninistischen Bewegung wurden von den faschistischen Verbrechern, die in mehreren Ländern regieren, barbarisch ermordet, starben an den Foltern der Polizei oder schmachten noch immer in den finsteren Gefängnissen der Reaktion. Die Entschlossenheit, der Mut, der hohe Geist der Selbstlosigkeit und der Hingabe an die große Sache des Proletariats machte sie zu leuchtenden Fackeln des Kampfes der werktätigen Massen für die nationale und soziale Befreiung.'

So gehen auch die Führer der Kommunistischen Partei Brasiliens, die heroisch gefallen sind, in die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung ein. Ihre reine Gestalt und ihr revolutionäres Leben, alles was sie für ihre Partei und ihr Volk getan haben, ist ein hohes Vorbild des Ansporns für alle brasilianischen Revolutionäre und Patrioten, für das gesamte brasilianische Volk. Sie sind ebenso ein Vorbild des Ansporns für alle Marxisten-Leninisten und Revolutionäre der anderen Länder, die der Kommunistischen Partei Brasiliens und dem brasilianischen Volk ihre machtvolle internationalistische Kampfsolidarität bekunden."

Chile

Luis Corvalan, ein Feind des Volkes

Nach seiner Freilassung hatte Luis Corvalan, Chef der chilenischen Revisionisten, nichts Eiligeres zu tun, als durch Kundgebungen und Erklärungen den revolutionären Kampf des chilenischen Volkes zu sabotieren. Mit denselben demagogischen Losungen und Parolen, mit denen er und seine revisionistischen Gesinnungsgenossen schon in der Zeit der Regierung Allendes den faschistischen Generälen den Weg ebneten, versuchen sie auch jetzt, das chilenische Volk zu betrügen.

Angeblich war das Chile Allendes, in dem die modernen Revisionisten Ministerwürden und andere hohe Ämter bekleideten, der Beweis dafür, daß es angeblich möglich sein könnte, den Sozialismus ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ohne die Zertrümmerung des alten Herrschaftsapparates der Bourgeoisie aufzubauen. Das chilenische Volk mit diesen Losungen zu betäuben und zu entwaffnen, das war der größte Dienst, den Corvalan und Co. dem Imperialismus und der Reaktion geleistet haben. Das Blut Tausender ermordeter chilenischer Revolutionäre und Patrioten klebt nicht nur an den Händen des amerikanischen Imperialismus und seiner faschistischen Lakaien in der Generalsuniform, sondern auch an den Händen der modernen Revisionisten. Die Geschichte hat bewiesen, daß die Losung vom „friedlichen Übergang" nichts als Betrug ist, daß der Imperialismus, die Bourgeoisie und die Herrschaft der Reaktion niemals anders gestürzt werden können, als durch die gewaltsame Revolution.

Luis Corvalan aber blieb, was er war: ein Feind des chilenischen Volkes, der sich als Kommunist getarnt hat. Nach wie vor predigt er den „friedlichen Weg" zum Sturz der faschistischen Diktatur und hetzt gegen die revolutionäre Gewalt, weil sie angeblich das „Chaos" heraufbeschwören würde. Nach wie vor preist er das „System des politischen Pluralismus", d. h. die Freiheit der Reaktion, sich zu organisieren und das Volk zu unterdrücken. Er ruft das chilenische Volk zum Pakt mit seinen Feinden, den Christdemokraten Freis auf, die sich in scheinbarer Opposition zum faschistischen Regime befinden, in Wirklichkeit aber ebenfalls Lakaien des amerikanischen Imperialismus sind.

All dies dient dazu, den revolutionären Kampf des chilenischen Volkes zum Sturz der faschistischen Diktatur abzuschwächen, Illusionen zu verbreiten und das Volk zu entwaffnen.

Das chilenische Volk hat aber die Folgen des revisionistischen Verrats am eigenen Leibe erfahren. Es schließt sich daher im Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur mehr und mehr um die wirklichen Revolutionäre, die marxistisch-leninistische Revolutionäre Partei Chiles und die von ihr geführte „Front des Volkes" zusammen.

„Die unmittelbarste politische Aufgabe, die das chilenische Volk heute lösen muß", sagte Genosse Fuentes, Leiter der Delegation der RKP Chiles auf dem 7. Parteitag der PAA in einem Interview mit Radio Tirana, „ist der Sturz der faschistischen Diktatur. Die faschistische Diktatur ist ein Ausdruck der Ausbeutung des chilenischen Volkes durch den US-Imperialismus und seiner Herrschaft über es. Unter diesen Bedingungen ist der Kampf für den Sturz der Diktatur eine konkrete Form des Kampfes des chilenischen Volkes gegen den Imperialismus, ein Bestandteil des Kampfes der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte. Die „Front des Volkes" hat das Ziel, die Einheit aller Abteilungen herzustellen, die zum Kampf gegen den Faschismus mobilisiert und in diesem Kampf organisiert werden können. Unter Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles sind Ausschüsse der „Front des Volkes" in allen Teilen des Landes entstanden und entwickeln sich.

Die Politik der „Front des Volkes" hat als zentrales Ziel, den antifaschistischen Kampf der Massen anzufachen und zu führen, den Massen klarzumachen, daß die Diktatur nicht fallen wird, wenn sie nicht durch den bewaffneten Kampf gestürzt wird. Die Front des Volkes ist gegen die gerichtet, die kein Vertrauen auf die Kraft des chilenischen Volkes haben und seinen Kampf sabotieren. Eine solche Politik betreiben in Chile die Revisionisten und die proimperialistischen Frei-Kräfte. Beide Seiten bemühen sich, die Entfaltung des Volkskrieges, der die notwendige Bedingung ist, um die faschistische Diktatur zu stürzen, zu verhindern."

Ein Leben für die Revolution

Pedro Pomar

Genosse Pedro Pomar wurde am 23. September 1913 in Obidos, im brasilianischen Bundesstaat Para als Sohn armer Eltern geboren. Nach Beendigung seiner Schulausbildung im Jahr 1931 studierte er Medizin. 1932 beteiligte er sich an der konstitutionellen demokratischen Bewegung. Er wurde Kommunist. 1935 wurde er Mitglied des Regionalkomitees der „Nationalen Befreiungsallianz" in Para. Im November 1935 stand die NBA an der Spitze eines Volksaufstandes, der aber niedergeschlagen wurde. Genosse Pedro Pomar wurde zu Gefängnishaft verurteilt. 1942 wurde Genosse Pedro Pomar in das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Brasiliens, 1943 zum Mitglied des Exekutivausschusses der Partei gewählt. Von 1946 bis 1950 war er Landtagsabgeordneter in Sao Paulo.

1962 gehörte er zu den Genossen, die die Partei im Kampf gegen die von Carlos Prestes repräsentierte starke revisionistische Strömung reorganisierte und stand an der Spitze des Kampfes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen die revisionistischen Verräter. Während seines ganzen Lebens kämpfte Genosse Pedro Pomar für die Revolution und die Ideale des Kommunismus.



Genosse Pedro Pomar in der Zeit, als er Landtagsabgeordneter in Sao Paulo war.

Angelo Arroyo

Genosse Angelo Arroyo wurde am 6. November 1928 in Sao Paulo geboren. Er war Führer der Metallarbeitergewerkschaft in Sao Paulo. 1954 wurde er in das Zentralkomitee der Partei gewählt. 1962 gehörte er ebenfalls zu den Genossen, die den Marxismus-Leninismus gegen die revisionistische Prestes-Clique verteidigten und die Partei reorganisierten.

Joao Drumond

Genosse Joao Drumond war 34 Jahre alt, er wurde im Staat Minas Gerais geboren. Vor dem Militärputsch im Jahr 1964 war er Führer der Bewegung der Studenten und widmete sich gleichzeitig der Bauernbewegung im Süden von Natal. 1969 wurde er in das Zentralkomitee der „Accao Popular do Brasil" gewählt und schloß sich 1972 der Kommunistischen Partei Brasiliens an. Im selben Jahr wurde er in das Zentralkomitee der Partei gewählt.

Traueradresse

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Brasiliens

Liebe Genossen!

Wir trauern mit Euch um die Genossen Pedro Pomar, Angelo Arroyo, Mitglieder des Exekutivausschusses des Zentralkomitees, und den Genossen Joao Drumond, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Brasiliens, die im Kampf gegen die faschistische Diktatur gefallen sind, und drücken Euch über den schweren Verlust, den Eure Partei mit dem Tod dieser hervorragenden und führenden Genossen erlitten hat, unsere tiefempfundene Anteilnahme aus.

Die faschistische Militärdiktatur, die im Dienst des amerikanischen Imperialismus steht, hat eine neue Welle des Terrors gegen die besten Söhne des brasilianischen Volkes, gegen alle diejenigen, die für die Freiheit des Volkes kämpfen, entfesselt. Mit Mord und Terror, mit Folter und Kerkerhaft, durch die grausame Unterdrückung des Volkes, versucht das Regime, sein Leben zu verlängern. Scheinbar stark, ist es in Wirklichkeit schwach. Der Mörderbande, die das brasilianische Volk unterdrückt, wird es niemals gelingen, den Kampf des Volkes im Blut zu ersticken. Es wird ihr niemals gelingen, die ruhmreiche Kommunistische Partei Basiliens, die für die Freiheit des Volkes, für seine nationalen Interessen, gegen die faschistische Diktatur, gegen den Imperialismus und Revisionismus, dem Marxismus-Leninismus treu, für die Ideale des Kommunismus kämpft, zu vernichten.

Wir werden das Andenken der Genossen, die im revolutionären Kampf gefallen sind, stets bewahren.

Mit brüderlichen kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
i. A.: Ernst Aust,
Vorsitzender des Zentralkomitees

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	32 m und 41 m (KW)
6.00 - 6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
21.30-22.00	41m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entsprichtca. 1400 KHz (MW)



Seit mehr als 12 Jahren strahlt Radio Tirana seine deutschsprachigen Sendungen aus. Damals wie heute ist es die revolutionäre Stimme des einzigen sozialistischen Senders in Europa, der uns, wie besonders auch den unter illegalen Bedingungen des Sozialfaschismus kämpfenden Genossen unserer Partei und revolutionären Arbeitern in der DDR, täglich den Weg weist, die kapitalistisch-revisionistische Welt geißelt, die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, den US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus, entlarvt und den Fortschritt und die Siege der marxistisch-leninistischen Bewegung, der revolutionären Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Völker in aller Welt propagiert und die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus gegen die revisionistischen Verdrehungen und Entstellungen verteidigt und verbreitet.

Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen

Zu Beginn des neuen Jahres sind in vielen Städten der Bundesrepublik die Nahverkehrstarife drastisch erhöht worden. Zunächst richtete sich dieser Angriff fast überall gegen die Schüler wie in Dortmund (Erhöhung der Monatskarten) und Hannover (Streichung der Schülersammelkarten). Allgemeine Tariferhöhungen sollen in den nächsten Monaten folgen. Gegen die Angriffe des kapitalistischen Staates hat sich der Kampf der Werktätigen, Schüler und Jugendlichen verstärkt.

Demonstrationen und militante Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen, bei denen auch die Schienen besetzt wurden, haben in letzter Zeit unter anderem in Saarbrücken, Bremen und Hannover stattgefunden. In Bremen wurden im Rahmen einer Demonstration, zu der der KBW aufgerufen hatte, die Schienen besetzt. Um den Kampf zu unterdrücken, hat die Polizei die Demonstranten brutal überfallen. Mit Gummiknüppeln und durch den Einsatz der berüchtigten „chemischen Keule" hat sie versucht, die Schienen zu räumen. Gegen 290 Personen wird bereits ermittelt, gegen 80 Personen hat die Staatsanwaltschaft Strafverfahren eingeleitet. Die brutale Gewalt der Bremer Polizei ist auf große Empörung gestoßen, so daß sich der Polizeipräsident gezwungen sah, den Einsatz der Polizei öffentlich zu „rechtfertigen". Dabei enthüllte er unbeabsichtigt, daß die Polizei mit Gummiknüppeln und „chemischer Keule" unterschiedslos gegen alle vorgegangen ist, die sich in der Nähe der Demonstration aufgehalten haben. In einer Pressemitteilung der Polizei hieß es nämlich: „Die Polizei bedauert es, wenn durch unvermeidbare Maßnahmen Unbeteiligte Schaden erlitten haben."



Bremen: Mit brutalem Einsatz versucht die Polizei die Besetzung der Schienen aufzuheben.

Auch in Hannover setzte die Polizei brutal Gummiknüppel und die „chemische Keule" ein, um die Demonstrationen zu unterdrücken, die bereits seit Dezember des letzten Jahres andauern. Die Polizei arbeitete dabei Hand in Hand mit den modernen Revisionisten der D„K"P zusammen. Diese begannen ihre verräterische Arbeit mit dem Versuch, den Kampf von innen her zu spalten, zu sabotieren und abzuwiegeln. Als die Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen, an der sich auch die Genossen unserer Partei beteiligen, ihre erste Versammlung abhielt, tauchten die Vertreter der D„K"P auf und hetzten wie wahnsinnig gegen die Notwendigkeit, den Kampf militant und gewaltsam zu führen. Sie verstiegen sich dabei sogar zu dem „Argument", eine Besetzung der Schienen sei „Maschinenstürmerei". Als es ihnen nicht gelang, die Aktionseinheit auf ihre Linie zu zwingen, zogen sie aus und organisierten eine Spaltervereinigung, der sie unverschämterweise den Namen „Roter Punkt" gaben, der in Hannover von den militanten Kämpfen des Jahres 1969 her noch gut bekannt ist. Sie organisierten Kundgebungen und Demonstrationen, wobei sich der „Rote Punkt" sehr schnell das Wohlwollen der Polizei erwarb. Voller Freude konnte die Polizei bekanntgeben, daß der „Rote Punkt" bei seinen Demonstrationen die Schienen nur „verkehrsbedingt" betreten habe. Trotz der Spaltertaktik der modernen Revisionisten gelang es aber der Aktionseinheit, mehrere Demonstrationen und Kundgebungen durchzuführen und an verschiedenen Stellen die Schienen zu besetzen. Hier zeigten die modernen Revisionisten der D„K"P offen ihr sozialfaschistisches Gesicht. Gemeinsam mit der Polizei schlugen sie auf die Demonstranten ein, um die Schienen wieder freizumachen.

Aber trotz des brutalen Terrors und der Sabotage und Spaltung des Kampfes durch die modernen Revisionisten der D„K"P gehen die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover und in anderen Städten weiter.

Faschistenterror gegen Bürgerinitiative

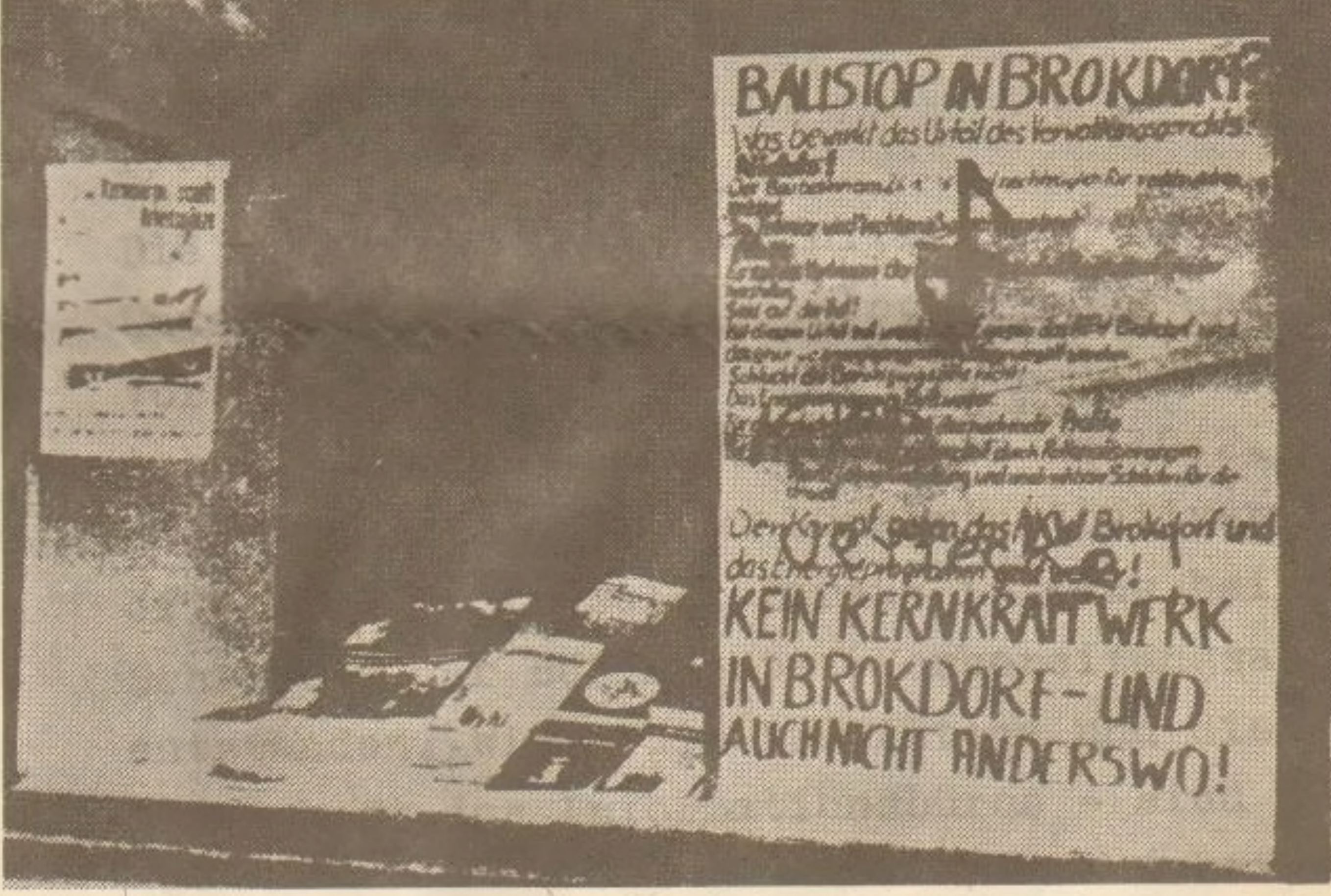
Mit allen Methoden versucht die Bourgeoisie den Widerstand der Werktätigen gegen den Bau des Atomkraftwerkes in Brokdorf zu verhindern. Der Terror der Polizei und die Verfolgungen durch die bürgerliche Klassenjustiz ergänzen sich dabei mit dem Terror faschistischer Banden.

Wie aus Zeitungsberichten hervorgeht, sind inzwischen von den Behörden über hundert Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Demonstrationen in Brokdorf eingeleitet worden. Wer für die Lebensinteressen der Werktätigen an der Unterelbe gekämpft hat, wer der reaktionären Gewalt der Polizei und des Bundesgrenzschutzes mit der gerechten Gewalt des Volkes entgegengetreten ist, muß jetzt mit einer Anklage der bürgerlichen Klassenjustiz rechnen.

Gleichzeitig versuchen faschistische Banden die Werktätigen, die sich in den Bürgerinitiativen organisiert haben, durch Terror einzuschüchtern.

In einer Presseerklärung der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe — Regionalgruppe Altona" wird mitgeteilt:

„Am 9. 1. wurde während einer Informationsveranstaltung gegen den Bau des Atomkraftwerkes und aller anderen Atomanlagen, die von uns in der ‚Fabrik' durchgeführt wurde, die Schaufensterscheibe unseres Informationsladens eingeworfen und faschistische Parolen (ein Hakenkreuz, ‚KPD-Verrecke, haut ab') an die Fenster und Türen geschmiert. Dieses Zeichen kennen wir von einer faschistischen Bande, die unter dem Namen „Faschistische Front" ganz Altona beschmiert. Ihr Anführer ist der stadtbekannte Faschist Michael Borchert. (. . .) Wir müssen sehen, daß wir nicht nur mit dem staatlichen Gewaltapparat in Brokdorf konfrontiert werden, sondern auch durch solche Provokationen behindert werden sollen."



Von Faschisten zertrümmerte und mit Hakenkreuz, „KPD-Verrecke, haut ab" beschmierte Schaufenster des Informationsladens der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe".

Keine Mülldeponie in Mainstockheim!

Korrespondenz. Am 7. Januar hat sich in Mainstockheim bei Kitzingen eine Bürgerinitiative gegründet. Sie richtet sich gegen den Bau einer der größten Mülldeponien, die hier zwischen Mainstockheim und Biebelried errichtet werden soll.

Es ist zu erwarten, daß die Lebensinteressen der Bewohner dieses Gebiets durch den Bau der Mülldeponie stark beeinträchtigt werden. Durch den Autobahnbau und das Biebelrieder Dreieck, das bald zu einem Autobahnkreuz ausgebaut wird, wurde den Bauern schon viel Land weggenommen. Durch die vielen Staus in diesem Bereich verschlechterte sich die Luft merklich. Wegen der Mülldeponie soll jetzt auch noch ein Wäldchen, das die Abgase bisher etwas abgeschirmt hat, abgeholzt werden.

Durch die große Menge Müll — alle drei Minuten soll ein Müllauto kippen — wird es sehr stark stinken. Da die hauptsächliche Windrichtung Westen ist, werden vor allem Mainstockheim und Albertshofen mit ihren Sonderkulturen (Wein und Gemüse) betroffen, da eine Geruchsübertragung und Infizierung der Kulturen wahrscheinlich ist. Die Winzer, Bauern und Gärtner werden dadurch in ihrer Existenz bedroht.

Eine weitere Existenzbedrohung ist dadurch gegeben, daß in ca. 500 Meter Entfernung von der Mülldeponie zwei Quellen die Wasserversorgung von Mainstockheim sicherstellen. Außerdem bestehen Verbindungen zu den Brunnen in Albertshofen. Die Gefahr, daß das Wasser verseucht wird, ist sehr groß. Dann könnten aber die Albertshofener Gärtner das Wasser nicht mehr benutzen. Sie müßten auf das zu teure Fernwasser zurückgreifen. Das würde für sie das „Aus" bedeuten.

Die Empörung der Bauern, Gärtner und Winzer ist groß. Allein in Mainstockheim wurden bereits 900 Unterschriften gegen die Mülldeponie gesammelt. Inzwischen breitet sich die Bewegung gegen die Mülldeponie auf immer mehr Dörfer aus. Gemeinsam wollen sie den Kampf gegen den Bau der Mülldeponie führen. Das bekam auch der verantwortliche Landrat Bauer zu spüren, der am 12. Januar eine Bürgerversammlung in Mainstockheim besuchte. Die 200 anwesenden Menschen machten ihm unmißverständlich klar: „**Wir wollen hier keine Mülldeponie!**"

Immer wieder wurde seine Rede durch Zwischenrufe unterbrochen. Als er behauptete, die Mülldeponie stinke überhaupt nicht, antworteten einige empörte Mainstockheimer: „Dann kippt den Müll doch auf den Eselsberg!" — das Bonzenviertel in Kitzingen. Auch seine anderen Vorschläge, wie den, nach Glasgow (!) zu fahren und sich dort eine entsprechende Deponie anzusehen, wurden mit Lachen und Ablehnung beantwortet. Immer mehr zog sich der Landrat den Unwillen der Anwesenden zu. Als er schließlich noch einmal behauptete, Gutachter hätten festgestellt, die Deponie stinke nicht, erinnerten sich die Mainstockheimer an die Erfahrungen, die sie schon einmal mit einem „neutralen" Gutachten gemacht hatten. Damals sollte eine Kläranlage gebaut werden, die, wie gutachtlich festgestellt wurde, „absolut geruchsfrei" sein sollte. Jetzt stinkt sie.

Die Mainstockheimer sind entschlossen, den Kampf gegen die Mülldeponie weiterzuführen und nicht bereit, sich auf den Landrat und die Behörden zu verlassen. Einer sagte: „Sich auf die zu verlassen, bedeutet, verlassen zu sein bis zur nächsten Steinzeit."